

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zeugungspreis:
 Einzelheft 4,50 M., monatlich 1,50 M.,
 frei im Haus, herauszubringen einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,50 M. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— M., für das übrige Ausland
 4,50 M. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 M.
 Postbestellungen kommen an Pöschel,
 Hohenstr. 10, Berlin, Schwaben-
 und die Sammel-Entgegengenommen in die
 Postzeitungs-Vertriebsstelle.
 Erscheinung täglich.
 Verleger: Dr. Otto Brauns.
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. Die Nebenpolitische Kolonial-
 zeitung 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das fertige Blatt 20 Pf. (20-
 blättrig 2 fertige Blätter), jedes
 weitere Blatt 10 Pf. Stellungs-
 und Geschäftsanzeigen das erste
 Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf.
 Blätter über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Blätter. Fernsprechgespräch 20 Pf.
Familien-Anzeigen 50 Pf.
 politische u. geschäftliche Anzeigen
 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Größtes von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 25. Januar 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Hertlings Antwort an Wilson.

Bringt uns der Frühling neue Kämpfe oder allgemeine Verhandlungen? Frühjahrs offensive, Friedensoffensive — welche von ihnen beiden wird den Krieg beenden? Das ist die große Weltfrage, auf die wir aus den Reden der Staatsmänner die Antwort erwarten. Was hat Hertlings Rede zur Lösung dieser Frage beigetragen?

Zunächst sei ein positiver Erfolg gebucht, den sich die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit zugute schreiben darf. Fast die ganze bürgerliche Presse — vielleicht nur die „Frankfurter Zeitung“ ausgenommen — hat die Friedensreden von Wilson und Lloyd George als Heucheleien, Betrüben und Falschreden abzutun versucht. Wäre es noch ihr gegangen, so hätte der Reichskanzler auf jene Kundgebungen mit rhetorischen Hausfischen antworten müssen. Das hat er nicht getan. Er hat den Versuch gemacht, sich sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen, und er hat die Aenderung, die in der Haltung der Westmächte eingetreten ist, zum guten Teil anerkannt. Hat er aber die richtigen Folgerungen daraus gezogen?

Die Rede des Reichskanzlers hätte geradezu eine weltfreundliche Tat werden können, wenn sie klar zum Ausdruck gebracht hätte, daß sich hinter den deutschen Friedenswünschen keine machtpolitischen Hintergedanken verbergen. Das aber hat sie nicht getan; sie war leider in einigen ihrer Teile dazu geeignet, das Mißtrauen der Gegner in die Aufrichtigkeit der deutschen Erklärungen zu verschärfen. Das gilt ganz besonders für die Partien, die von Polen und Belgien handeln.

Daß die Regelung der polnischen Verhältnisse eine Angelegenheit sei, die nur Deutschland, Oesterreich und Polen etwas angeht, das ist eher der Standpunkt eines Machtfriedens, als eines Verständigungsfriedens. Das Recht Rußlands, bei diesen Dingen mitzureden, wird ja auch durch die Art, wie die Verhandlungen von Brest-Litowsk geführt werden, faktisch anerkannt. Käme es aber zu allgemeinen Friedensverhandlungen, noch ehe der Frieden mit Rußland geschlossen ist, so wäre es unmöglich, die Materie in Fächer und Kästchen einzuteilen und auf jedes den Namen der Staaten daraufzuschreiben, die die Sache etwas angeht. Das ist ja der Sinn eines allgemeinen Friedens, daß er die Gesamtlage zur Basis nimmt und ihre Veränderungen unter eine allgemeine Sanktion stellt. Nur so kann ein dauernder Frieden zustande kommen.

Noch bedenklicher ist die Stellung des Reichskanzlers zum belgischen Problem. Er hat hier einen Weg betreten, auf dem er sich auch nicht einmal mit den radikalsten englischen Friedensfreunden begegnen kann. Auch die radikalsten englischen Friedensfreunde betrachten die Wiederherstellung Belgiens als eine Angelegenheit, die von keinen Bedingungen abhängig gemacht werden darf. Begreiflich ist, wenn man sich auf deutscher Seite auf den Standpunkt stellt, zugleich mit der Wiederherstellung Belgiens habe auch die Wiederherstellung des Deutschen Reiches einschließlich seiner Kolonien zu erfolgen. Aber die Rede des Reichskanzlers schafft keine Klarheit in dem Sinne, daß Deutschland zur Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit in ihrem vollen Umfang bereit sei, sobald es für die Zukunft seines Kolonialbesitzes Sicherheiten erhalten habe. Derselbe Kanzler, der eine „Vornahme“ des polnischen und offenbar auch des litauischen und furländischen Problems für selbstverständlich hält, erklärt eine „Vornahme“ der belgischen Frage für ausgeschlossen.

Damit wird auf der anderen Seite der Verdacht genährt, man versuche von deutscher Seite die Dinge im Westen ähnlich aufzuziehen wie die Dinge im Osten. Erst die grundsätzliche Anerkennung: „Keine Annexionen!“, dann Vermittels des „Selbstbestimmungsrechts“ Teilung Belgiens in eine flämische und wallonische Hälfte, „Anlehnung“ der ersteren an Deutschland und Einbeziehung der flandrischen Küste in den deutschen Machtbereich. Das ist eine Lösung, der England nicht zustimmen wird, solange es nicht, nach alldeutscher Prophezeiung, „auf den Knien liegt und um Gnade wimmelt“.

Ebenso können die „Bedingungen und Modalitäten“, unter denen die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs in Aussicht gestellt wird, bei den Gegnern Kravohn wecken. Wenn der Kanzler es schon für notwendig hielt, von solchen „Bedingungen und Modalitäten“ zu sprechen, so hätte er auch genau sagen müssen, was damit gemeint sei. Er hätte zum mindesten ausprechen sollen, daß sich dahinter keine Aspirationen auf Longwy und Briey verbergen.

Was die Rede des Reichskanzlers in einigen ihrer Partien zu ihrem Nachteil auszeichnet, das ist das Bestreben, die harten Formeln zu finden. Für einen halbwegs gesunden Journalisten ist es eine Kleinigkeit, die Rede des Reichskanzlers als ein Jugendsündchen an den Annexionismus oder auch, ganz nach Belieben, als extrem friedensfreundliche Kundgebung zu deuten. In dieser Beziehung ist die Rede geradezu ein Meisterwerk, aber von solchen Meisterwerken

haben wir genug, und wir möchten endlich reinen Wein eingesehen haben.

Im Ausland werden natürlich die Pazifisten aus dieser Rede herauszuholen versuchen, was möglich ist. Die Kriegsbeher werden sich hingegen mit vielem Scharfsinn um den Nachweis bemühen, daß Deutschland auf seinem alten militäristischen und annexionsistischen Standpunkt stehen bleibe. Und doch wäre es die Aufgabe einer großen Staatskunst gewesen, den Kriegstreibern hüben und drüben das Handwerk zu legen, den Friedensfreunden auf beiden Seiten die Arbeit zu erleichtern. So aber kann man nur sagen: Wenn die Friedensfreunde des Auslandes in der Rede Hertlings einen Versuch sehen werden, sich Amerika anzunähern, so haben sie nicht ganz unrecht, und wenn die Kriegsbeher sagen, daß es noch immer eine heiße Sache mit dem Frieden ohne Annexionen sei, so haben sie auch nicht ganz unrecht.

Genosse Scheidemann hat in großangelegten Ausführungen auf die Fehler und Schwächen der Kanzlerrede hingewiesen. Seine Ausführungen können der Friedensbewegung der Welt eine starke Ermutigung sein, nicht bloß, weil in ihnen die Stärke der logischen Folgerung steht, sondern noch vielmehr deshalb, weil hinter dem Redner Millionen und aber Millionen stehen, die genauso denken wie er und die bereit sind, für ihre Ueberzeugung einzustehen. Vergebens haben die Gegner von diesen Massen gehofft, daß sie ihnen durch ihren Mistall von der allgemeinen Volkswacht den Sieg erleichtern würden, und diese Hoffnung wird immer vergeblich bleiben. Wenn aber die Gegner bereit sind, mit Deutschland einen ehrlich demokratischen Frieden zu schließen, ohne machtpolitische Hintergedanken und diplomatische Ueberdortelungsversuche, dann können sie dabei auf die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes rechnen, die das Ihre verteidigt, aber nach fremdem Volksgut nicht begehrt, die nichts will, als was vor dem Kriege ihr Eigen war, und — den Frieden! Die Strömung ist da, sie wächst von Tag zu Tag, und sie muß so stark werden, daß kein Machthaber mächtig genug ist, sich ihr zu entziehen. Und dann wird der Frieden geschlossen werden, der einzig Dauerverheißende, der kein „Schmachfrieden“ für uns, aber auch kein Schmachfrieden für die anderen ist!

Die Rede des Reichskanzlers.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags führte Reichskanzler Graf Hertling aus:

Meine Herren, als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar —, fanden wir, so schien es, vor einem

in Brest-Litowsk

eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Funktsprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschließen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar, abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine

Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

erzelen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltenen Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation und vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die

Rede des englischen Ministers Lloyd George

vom 3. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezeigte Verhandlungsfähigkeit wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber kann ich nicht so weit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schnelle, aller möglichen Beschreiben schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe, — eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir vom ersten Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die nun die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorausgegangen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht, durch den Zusammenbruch seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Abbruch der Koalitionen, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schmerzhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus hand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Nebenschuß, in russischem Expansivstreben, fand dieser britische Imperialismus nun allzu bereite Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor.

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten uns nahegerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbar. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreißigjährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen.

Es wäre Pflichtvergessenheit gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zusehau hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hätte.

Meine Herren, ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstags sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe, und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur ausgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwo von dem Auslande beachtet worden wären.

Aus nun Elsaß-Lothringen!

Elsaß-Lothringen, von dem jetzt auch wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Elsaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang juristische Vergeßlichkeit und Rechtsbrüche vom Deutschen Reich losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest vertrieß. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir nun im

Der Krieger die und fremdlich entzifferten Landstriche zurückbrachten, war das nicht Eroberung fremden Gebiets, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt. Und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in demselben Jahr, am 20. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden.

Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen beziehen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“, und zwar im Dezember 1870, folgendes schrieb:

„Mein Volk hat einen so schlimmen Nachbar wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten.“

— Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhange gegen Frankreich gebraucht, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe —

einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluss, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geräumtesten Gebiete zurückzugeben, wenn die Eigentümer, denen sie entziffen, eine günstige Gelegenheit haben, sie zurückzuerobern.

Und in gleichem Sinne sprachen angegebene englische Presseorgane — ich nenne beispielsweise die „Daily News“ — sich aus. Ich komme

nunmehr zu Wilson.

Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuchs Wilsons, in der Antwort auf die Kapfnote zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, und der Anfang dazu ist vielfach gemacht. Denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autoritäre Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Auf schiefe Darstellungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Politik finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson vorlegt.

Die einzelnen Punkte.

Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte hier so kurz als möglich zum Vortrag bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren, die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären können. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1889 aller Welt bekannt war, während die Offensivabmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimakte das Licht der Öffentlichkeit erblickten. (Sehr richtig!) Auch die Verhandlungen in Vrest-Litzow vor aller Öffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsvorderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht ausdrücklich anzuführen — ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten weggelassen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt der Zukunft, wenn auf die fest besetzten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstrahlen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

4. Beschränkung der Rüstungen. Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig!)

Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum 5. Punkt: Schlichtung aller kolonialen Streitigkeiten und Ansprüche. Die praktische Durchführung des von Wilson hier aufgestellten Grundgesetzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich — England — überlassen bleiben dürfte, wie es sich mit diesem Vorschlage abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialsystems wird von diesem Programmpunkt feinerzeit zu reden sein.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Entente-Staaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Russland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren

eine nachträgliche Einmischung ablehnen.

Wir stehen hier vor Fragen, die allein Russland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreiches gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesem, als mit dem übrigen Russland zu gelangen, dem wir aus dringender die Rückkehr gebührender, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt 7 kommt auf

die belgische Frage.

Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht schiedlich auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzige mögliche Grundlage von Friedensverhandlungen bieten kann, muß ich an dem bisher fest eingenom-

Nege Erkundungstätigkeit im Westen.

Amlich, Großes Hauptquartier, 24. Januar 1918. (B. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Nege Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. In der Bahn Boesinghe — Staden wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Dojran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 24. Januar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 24. Januar 1918. Amlich wird verkauft:

Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

menen Standpunkt festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

8. Befreiung des französischen Territoriums.

Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebieten nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsgebiet, das sich seitdem immer mehr dem Deutschen innerlich angegliedert hat, das sich in hocherfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgend welchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Was die von Wilson unter 9., 10. und 11. behandelten Fragen betrifft, so berühren sie sowohl mit den italienischen Grenzfragen als mit denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Völkervereinigung, bei denen zum großen Teile die politischen Interessen unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. So deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie aus nachdrücklichsten wahren, doch möchte ich die Verantwortung der Wilsonschen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie dem auswärtigen Minister der österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderlichkeit, die sich im Krieg so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Genau möchte ich in den unter 12 von Wilson behandelten Angelegenheiten, die unseren treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen, die Türkei, betreffen, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Meerengenfrage eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand zählen.

Punkt 13 behandelt

Polen.

Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Ausland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem Wege hierzu.

Der letzte Punkt behandelt den

Verband der Völker.

Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken synpathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der von Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommener Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen sich webenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlage eines solchen Völkerbundes nahe zu treten.

Meine Herren, Sie haben die Reden von Lloyd George und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen und wirklich ein ernstlicher, ehrlicher Friedenswille entgegentritt.

Sie enthalten gewisse Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen, und die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht „vernichten“, aber sie spielen begehrt nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Ruhe und Besserung geloben müssen.

So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht derjenige, der alle unsere früheren Keuerungen der Friedensbereitschaft als bloßes Zeichen der Schwäche deutet. Von diesem

Standpunkt, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gesagt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist. (Bravo!)

Unsere genialen Heerführer sehen mit unermindelter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am 20. November im Hause sprach: Unsere wiederholt ausgeprobenere Friedensbereitschaft, der Geist der Verlässlichkeit, der aus unseren Vorschlägen sprach, darf kein Freibrief für die Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren oder wie Lloyd George sagte, eine Reconsideration eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden, allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde, allgemeine Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde des Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es, ruhig zusammen stehen und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einig. (Lebhaftes Bravo!) Ueber die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen und behalten wir über trennende Parteigegegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein, ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk trägt in bewundernswerter Weise die Leiden und Lasten des nun in seinem vierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Lasten und Leiden denke ich ganz besonders an die Leiden der kleinen Handwerker und der gering besoldeten Beamten. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen aufhalten und durchhalten. In politischer Weise lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch ferner mit uns sein. (Lebhaftes Bravo!)

(Schluß in der Beilage.)

Regierungskrise in Ungarn.

Nach dem „Bester Lloyd“ hat der Ministerpräsident Dr. Bekere die Gesamtdemission seines Kabinetts überreicht.

Die Regierung Bekere wankte schon geraume Zeit. Die Wahlreform, die ihre eigentliche Programmpolitik ist, stößt sich an dem Widerstand der nationalen Arbeitspartei, der Partei des Grafen Tisza. Es ist ihr nicht einmal gelungen, die Parteien, die Graf Tisza geführt haben, zu einer einheitlichen positiven Aktion zusammenzufassen. Schließlich hat Dr. Bekere versucht, für die in der Minderheit befindlichen Regierungsparteien eine gemeinsame Plattform in der Weise zu schaffen, daß er die Wahlreform mit der Selbstständigkeit der ungarischen Armee, die von ganz Ungarn gewünscht wird, verknüpfte. Die Absicht scheiterte an dem Widerstand der Militärs und der österreichischen Regierung, die davon eine Aufspaltung der militärischen Einheit und den Beginn des Zerfalls der ganzen Donaumonarchie befürchten. Diese unglückselige Lage wurde noch durch die Forderungen Oesterreichs nach mehr Nahrungsmitteln und die jüngste Auslandsbewegung kompliziert, die auch auf Ungarn übergegriffen hat. Der Ernährungsminister, Graf Habi, hat zum Protest gegen die Reichlieferung von Nahrungsmitteln nach Oesterreich seine Demission eingereicht — ein Schritt, der in ganz Oesterreich als eine schlechte Demonstration empfunden wird; denn die Uebergangung ist allgemein, daß in Ungarn, wenigstens für die ländliche und die besitzende Bevölkerung, Lebensmittel in Fülle und Fülle vorhanden sind, während Oesterreich und vielleicht auch noch der ungarische Arbeiter bitter darben müssen.

Wahrscheinlich wird Bekere mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden. Er kann dann entweder das Parlament im Falle der Wählung der Wahlreform auflösen und auf Grund des oben angedeuteten Programms Neuwahlen versuchen, oder er kann, was nach den Empfindungen des Grafen Tisza beim Kaiser vielleicht wahrscheinlicher ist, die Wahlreform mit Einwilligung Tiszas machen, der dann in Anbetracht der schwierigen inneren und äußeren Lage einige Plätze zurücktreten dürfte.

Die Absichten Lloyd Georges.

Bern, 24. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) „Manchester Guardian“ vom 19. Januar schreibt über Lloyd Georges letzte Rede: Lloyd George sagt ganz richtig, daß, wenn man festhalten muß, man möglichst kräftig festhalten soll. Das macht es jedoch für uns sehr wichtig, zu wissen, wofür wir festhalten. Auch Worte können Waffen sein, wenn sie nur ein Ausdruck aufrichtiger Gedanken sind, und die Gedanken von Herzen der Massen sprechen. So konnten die machtlosen Bolschewiki auf Deutschland Einfluß ausüben. Auch Lloyd George anerkennt die Macht der Gedanken. Denn er revidierte die Kriegsziele in solcher Weise, daß sie die Gefühle dieses Landes und aller anderen Länder gewinnen könnten. Lloyd George sagte, daß Deutschlands einzige Antwort militärisch-imperialistische Presse, aber einflußreiche Zeitungen wie die „Frankfurter Zeitung“ reden anders und halten wenigstens Wilsons Thesen für brauchbare Grundlagen zur Aufnahme von Besprechungen. Auch hat die Zivilregierung noch nicht gesprochen. Wir müssen unsererseits gemäßigtere sowie extreme Stimmen nach ihrem relativen Werte schätzen. Der Krieg hat eine Phase erreicht, in der Staatsmänner und Presse miteinander zu sprechen beginnen. Wir dürfen die gemäßigten Stimmen nicht für unaufrichtig halten. Ohne Zweifel besteht in Deutschland eine wahrhaftig gemäßigte Friedenspartei. Dieser Friedenspartei gehören nicht nur die Widerstandssozialisten, sondern auch die offiziellen Sozialisten, die fortschrittliche Volkspartei und vielleicht der Durchschnittdenker an, der jetzt allmählich des Militarismus satt wird. Wenn die allierten Regierungen einfach sagen würden, daß sie alle gewaltsamen Annexionen ablehnen und alle territorialen Veränderungen zum Gegenstand einer internationalen Diskussion machen und dem Votum der Bevölkerung unterwerfen, so würde ihr Appell bei den Friedenspartei in den feindlichen Ländern starken Widerhall finden. Die öffentliche Meinung findet sich in den Mittelmächten langamer als in England. Vielleicht wird sie aber auch in Deutschland bald ein Hauptfaktor für die Entscheidungen der Regierungen sein.

Czernin bietet Friedensvermittlung.

Wien, 24. Januar. (Meldung des Wiener R. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Minister des Innern Graf Czernin hielt heute im Ausschuss für Aeußeres in der österreichischen Delegation eine Rede, in der er sagte:

Ich möchte auf einen Kardinalunterschied hinweisen, welcher zwischen den Friedensverhandlungen von Brich-Litonski und all denen, die jemals in der Geschichte stattgefunden haben, besteht. Niemand, sozial ich weiß, haben

Friedensverhandlungen bei offenen Fenstern

stattgefunden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen, welche an Umfang und Tiefe den jetzigen gleichkommen, von der ersten Minute an glatt und ohne den geringsten Zwischenfall ablaufen könnten. Es gilt, eine neue Welt aufzubauen, alles das, was der erbarungsloseste aller Kriege zerstört und in den Boden gestampft hat. Bei allen Friedensverhandlungen, die wir kennen, haben sich deren verschiedene Phasen mehr oder weniger bei verschlossenen Türen abgespielt, und erst nach Ablauf der Verhandlungen wurde der Welt das Ergebnis mitgeteilt. Aus allen Winkeln der Geschichte geht hervor — es ist dies ja selbstverständlich —, daß der mühsame Weg solcher Friedensverhandlungen stets über Berg und Tal geführt hat, daß die Aussichten manchen Tag günstiger, manchen Tag weniger günstig schienen. Wenn aber diese verschiedenen Phasen, die Details des Einzelganges in die Welt hinaus telegraphiert werden, so ist es wieder ganz selbstverständlich, daß sie bei der die ganze Zeit beherrschenden Nervosität wie elektrische Schläge wirken und die öffentliche Meinung aufpeitschen. Wir waren uns über den Nachteil dieses Vorganges vollständig im Klaren. Wir haben trotzdem dem Wunsch der russischen Regierung nach dieser Veröffentlichung sofort stattgegeben, weil wir uns entgegenkommend zeigen wollten, weil wir nichts zu verbergen haben, und weil es einen falschen Eindruck machen können, wenn wir an dem bisher bestehenden Modus der vorerzählten Geheimhaltung festgehalten hätten. Aber die notwendige Beschränkung dieser vollständigen Offenheit der Verhandlungen ist die, daß die große Öffentlichkeit, daß das Hinterland und vor allem die Führer ruhiger Kerne behalten.

Die Parole muß mit kaltem Blute zu Ende gespielt werden, und sie wird zu einem guten Ende kommen, wenn die Botschafter der Romarchie ihre verantwortlichen Vertreter auf der Friedenskonferenz unterstützen.

Vortweg sei es gesagt: Die Basis, auf welcher Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen, neuemstandenen russischen Reichern verhandelt, ist die

ohne Kompensationen und ohne Annexionen.

Das ist das Programm, welches ich vor einem Jahre knapp nach meiner Ernennung zum Minister demjenigen gegenüber, welche über den Frieden reden wollen, ausgesprochen habe, welches ich den russischen Machthabern auf ihr erstes Friedensangebot hin wiederholt habe und von dem ich nicht abweichen werde. Diejenigen, die glauben, daß ich von dem Wege, den ich mir zu gehen vorgenommen habe, abzublängen sei, sind schlechte Psychologen. Ich habe der Öffentlichkeit niemals einen Zweifel darüber gelassen, welchen Weg ich gehe, und ich habe mich niemals auch nur um eines Haars Breite von diesem Wege abdrängen lassen, weder nach rechts noch nach links. Ich bin seitdem

der unbestrittene Liebling der Aubeischen

geworden und derjenigen in der Monarchie, die die Aubeischen nachahmen. Ich werde gleichzeitig als Kriegsbegehrt von denen ver-

hört, die den Frieden „um jeden Preis“ wollen, wie zahllose Briefe mir beweisen, beides hat mich niemals geniert. Im Gegenteil, diese doppelten Schimpferien, sind meine einzige Erweiterung in dieser ersten Zeit. Ich erkläre hier nochmals, daß ich keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland verlange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, der Friede zustande kommen muß. Diejenigen, die den Frieden um jeden Preis wollen, könnten Zweifel an der Ehrlichkeit meiner unangenehmen Absichten hegen, wenn ich ihnen nicht mit der gleichen rückhaltlosen Offenheit ins Gesicht sagen würde, daß ich mich niemals dazu hergeben werde, einen Frieden zu schließen, welcher über den eben skizzierten Rahmen hinausgeht. Wenn unsere russischen Kompensations- und eine Gebietsabtretung oder eine Kriegsschadensabgabe verlangen würden, so würde ich den Krieg fortsetzen trotz des Friedenswunsches, den ich genau so gut habe, wie Sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchbringen könnte.

Graf Czernin kam im weiteren Verlauf seiner sehr ausführlichen Rede auch auf

Wilson's Friedensbotschaft

zu sprechen, von der er sagt:

Es ist ganz selbstverständlich, daß kein solches Angebot ein Glanzwort darstellen kann, welches in allen Details annehmbar erscheint. Wäre dies der Fall, dann wären die Verhandlungen überhaupt überflüssig, dann könnte ja der Friede durch eine einfache Annahme, durch einfaches Ja und Amen abgeschlossen werden. Das ist natürlich nicht der Fall. Aber ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung an den Oesterreich-ungarischen Standpunkt finde und daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten.

Bei solchen Verhandlungen beginnen naturgemäß beide Teile damit, daß sie ihre Wünsche möglichst hoch schrauben, um nach und nach den einen und den anderen Wunsch als Kompensation zu betreiben, bis endlich jenes Gleichgewicht der gegenseitigen Interessen herbeigeführt ist, welches erreicht werden muß, damit der Abschluß eines Vertrages möglich sei.

Czernin's Angebot.

Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Ausdrucksweise über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widersprechen, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade

ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten

den Ausgangspunkt für eine verständliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind.

Ein neuer Beitrag zur Beantwortung der Frage, was England unter nationaler Unabhängigkeit und unter freiem Selbstbestimmungsrecht der schwächeren Völker verstehen will. Südpersien soll keine feste Domäne werden, und sollte Persien sich weigern, das anzuerkennen, so hätte das Land von Schiras aus auf das Sajatäl, das die englische Wirtschaftssperre und Aushungerungsblockade dem auch neutralen Griechenland bereitet.

Keine allgemeine Besprechung der Alliierten.

Ein Hungerdunst-Altimum Italiens?

Paris, 23. Januar. Agence Havas verbreitet folgende „Lemps“-Meldung: Es ist wahrscheinlich, daß in Paris Unterredungen zwischen Clemenceau, Lloyd George und Orlando stattfinden, wenn letzterer durch Frankreich nach Italien zurückreist. Es ist aber nicht beabsichtigt, in nächster Zeit eine allgemeine Besprechung der Alliierten zusammenzubringen.

„Verfebranza“ läßt sich aus Rom berichten, daß Orlando in Paris und London eine Wahrheit wiederholen werde, die alle über Italiens Lage unterrichtet seit geraumer Zeit kennen, das nämlich das Durchhalten Italiens wesentlich eine Frage der Zufuhr, insbesondere von Getreide und Kohle sei. Alle einschickseligen Politiker hätten Frankreich und England gegenüber immer wiederholt, daß dem Goliatismus, Sozialismus, Merkantilismus und ähnlichen pazifistischen und neutralistischen Strömungen in Italien keine übermäßige Bedeutung beigemessen werden dürfe, da die Widerstandskraft Italiens durch all das nicht ernsthaft bedroht werden könne, aber von der für Italien ganz wesentlichen wirtschaftlichen Frage abhängig.

Italien könne, so erklärt der Vertreter der „Verfebranza“, den Krieg noch lange fortsetzen, aber nur unter der Bedingung, daß die wichtigsten Versorgungsstoffe nicht ausblieben. Italien verlange daher von den Alliierten Getreide und Kohle und verpflichte sich dagegen durchzuhalten und sich weder von inneren, noch äußeren Feinden niederwerfen zu lassen. Orlando werde eine entscheidende Anstrengung der Alliierten verlangen, damit Italien in die Lage komme, den Kampf fortsetzen zu können.

Die Mörder Schingarews und Kokoschkins.

Petersburg, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Einer von denen, die an der Ermordung Schingarews und Kokoschkins teilgenommen haben, wurde verhaftet. Alle Mörder sind bekannt. Ihre Verhaftung steht nahe bevor.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Schwere Zusammenstöße maximalistischer Truppen mit den Herren der Gegenrevolution werden aus den Zentren des südlichen Rußland gemeldet: aus Kischinew und aus dem Dongebiet, dazu aus rumänischem Gebiet und aus Beharabien. Ein Bericht des „A. T.“ sagt zunächst über die Kämpfe mit den Ukrainern:

Die russische 8. Armee beabsichtigt, die Front zu verlassen und sich entweder zur Vereinigung mit den Großtruppen nach Norden oder zur Verfügung der Charolmer Regierung durchzuschlagen. Drei Armeekorps der 9. Armee werden sich wahrscheinlich anschließen. Es sind blutige Zusammenstöße zu erwarten.

Die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen haben bei Galatz großen Umfang angenommen. Nach dem für die Russen unglücklichen Ausgang sind 2300 Russen mit 22 Geschützen, 67 Munitionswagen, 53 Feldbläsen, 800 anderen Fahrzeugen und

1200 Pferden auf das von den Mittelmächten besetzte Gebiet übergetreten. Auch nach Beharabien sind durch Tscherbatschem zumächtige Truppen entsandt, angeblich, weil die Regierung der beharabischen Republik sich an die Rumänen um Hilfe gegen die Anarchie der Magimalisten gewandt hatte. Die von Tscherbatschem entsandten Truppen sind bei Kischinew mit den Magimalisten ins Gelechte gekommen, das teilweise mit der Gefangennahme und mit dem Rückzug der Rumänen beendet hat.

Nach einer Stocholmer Meldung des „A. T.“ erhielten die Ukrainer in Petersburg die Nachricht, daß Zerkaterinostlaw nach erbittertem Kampf in die Hände der Bolschewiki gefallen sei.

Die Sinn Feiner fordern Volksabstimmung über Irlands Unabhängigkeit?

Der Rücktritt Carsons.

Bern, 23. Januar. Nach Meldung Yvoner Blätter erfährt „Times“ aus Dublin, daß die Sinn Feiner-Partei die Frage der Unabhängigkeit Irlands einer Volksabstimmung unterwerfen will, an der alle Irländer über 18 Jahre teilnehmen sollen. Am Montag veränderten Waueranschläge in ganz Irland den Beschluß der Sinn Feiner-Partei, dem Irenvolke eine Petition zu unterbreiten, die von allen Nationen der Welt verlangt, daß bei der Zusammenkunft zur Reorganisation Europas nach dem Kriege, Irland wieder zum unabhängigen Staate gemacht werde.

„Journal“ schreibt, der Rücktritt Carsons sei für die Zukunft des englischen Reiches vielleicht erster als die sensationellen Neuerungen in Dublin. England stehe neuerdings angesichts des irischen Problems in Europa vor einem Konflikt. Der Kreuzung der Nationalitäten werde natürlich auch schwerwiegende Rückwirkungen auf Irland haben, das sich nicht mehr mit der Autonomie unter britischer Souveränität begnügen würde. Alle bisherigen Kompromißversuche der englischen Regierung seien gescheitert. Der Rücktritt Carsons bedeute den Entschluß der Protestantenpartei, sich die Handlungsfreiheit gegenüber den Beschlüssen der englischen Regierung vorzubehalten. Der Beschluß sei sehr unangenehm, denn er befehle weder die Vorkämpfer für die Unabhängigkeit noch die Unionisten. „Journal“ meint, man müsse jetzt einen modus vivendi finden, um die Regelung der irischen Frage bis zur gleichzeitigen Regelung aller Probleme für die Zeit nach dem Kriege zu verschieben.

Das Schiffsabkommen Hollands mit den Alliierten.

London, 23. Januar. Das Neutische Bureau erfährt bezüglich der Washingtoner Meldung über die Charterung von über 80 holländischen Dampfern, die jetzt in amerikanischen Häfen zurückgehalten werden, für die Vereinigten Staaten, daß dieses Abkommen nur einen modus vivendi schaffen solle bis zu einem allgemeineren Abkommen auf breiterer Grundlage zwischen den Alliierten und Holland. Dieses Abkommen sei Gegenstand einer langen Beratung in London zwischen Vertretern der Alliierten und der Niederlande gewesen und man hoffe, daß als Ergebnis dieser Arbeiten ein Abkommen zwischen den Alliierten und Holland erreicht werde. Gemäß diesem Abkommen, welches jetzt von den beteiligten Regierungen in Erwägung gezogen werde, würden Holland Lebensmittel, Rohstoffe und andere Waren gesichert werden, die es in Stand setzen würden, seine wichtigeren Industrien weiter zu führen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 23. Januar. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Br.-Reg.-To.

Die Mehrzahl der Schiffe, die tiefbeladen war, wurde im Kermellkanal trotz starker feindlicher Abwehrmaßnahmen jeder Art versenkt.

Eines der vernichteten Schiffe, das im nördlichen Kermellkanal aus einem durch zahlreiche Seefreikräfte geschützten Geleitzug herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

„Der sozialdemokratische Pöbel...“

Die Vaterlandspartei hat im Reiche wenig Glück. Von kleinen Versammlungen und Kundgebungen, in denen die Parteileiter unter sich sind, abgesehen, ist die Bevölkerung bei keiner Gelegenheit den Herren das Wort schuldig geblieben. Daß diese Zurückweisungen etwas derber Natur sind, darf von den Aubeischen nicht abgenommen werden, haben sie doch auch in Berlin bewiesen, daß sie nicht allzu feinsinnig sind. Sie behaupten immer, die Volksmassen würden aufgereizt, gewiß: nichts wirkt auf das duldbare, gewählte Volk aufreizender, als das geschwollene Auftreten wohlbeleibter Männer.

Die „Kreuzzeitung“ leitet einen Artikel über einige verunglückte Versammlungen mit den Worten ein:

„Die Sprengung zahlreicher Versammlungen der Deutschen Vaterlandspartei durch sozialdemokratischen Pöbel usw.“

Ja, der Pöbel! Wenn man auf den verzichten könnte! Aber so braucht man ihn für die Schlingengräben, für die Munitionsfabriken, zum Auswachen — und zum Verschlimpfen, was für eine echt konervative Zeitung eine Lebensnotwendigkeit ist.

Wer unter euch ohne Schuld ist...

So geschehen in Bad Deynhauzen: Mehrere Hoteliers hatten gleich aus heimlichen Schlachtungen erworben und ohne Marken an ihre Gäste abgegeben. Als die Angelegenheit vor dem Schöffengericht verhandelt werden sollte, erklärten sich sämtliche Richter für befangen! Sie hätten in den betreffenden Hotels verkehrt und sich selbst Fleischspeisen ohne Marken zu Leibe geführt...

Den Gemeindeführern, die in nächster Zeit massenhaft die Gefängnisse befüllen, winkt ein Lichtstrahl. Wenn sich die Richter im Reiche mit ihren Deynhauzener Kollegen solidarisch erklären, so wird wohl Herr v. Waldow die Verstraffung der Missetäter der himmlischen Gerechtigkeit überlassen müssen!

H. D. Traub erzählt uns mitzuteilen, daß er in der Frankfurter Versammlung nicht, wie unser Bericht vom 18. v. M. angab, sich hinter einem Vorhang auf der Bühne verborgen gehalten habe, sondern daß er während der ganzen Zeit in voller Öffentlichkeit querkt unten am Tisch und nachher mit dem Vorstehenden Pfarrer Häbel oben auf dem Podium gestanden habe.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes

Der größten Organisation der deutschen Gewerkschaften, nimmt in der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ ein Hamburger Gewerkschaftsmitglied das Wort. Die Tatsache, daß sich zurzeit eine große Anzahl von Verwaltungsposten mit der Erhöhung der Sozialzuschläge beschäftigt, um mittels gesteigerter öffentlicher Mittel nach Kriegsende dem Drängen der Unternehmer auf Abbau der „hohen“ Löhne einen wirksamen Damm entgegenzusetzen zu können, gibt ihm Veranlassung zu betonen, daß alle Hilfsmittel der öffentlichen Handstellen doch nur in bedingter Weise ihren Zweck erfüllen, wenn nicht von Grund auf eine durchgreifende Reform des Finanz- und Unterstützungswesens durchgeführt werde. Diese Aufgabe könne sich aber erst die nächste Generalversammlung, die 1919 stattfinden, unterziehen. Die Folge wäre, daß mit der Durchführung der erhöhten Unterstützungsbeiträge vor dem 1. Juli 1920 kaum begonnen worden wäre. Der Einlenker hält offenbar diesen Zeitpunkt für den eventuell in Betracht kommenden Wirtschaftskampf für viel zu spät, weshalb er die Frage aufwirft: Können wir mit der Regulierung unserer Finanzen bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung warten, oder ist es notwendig, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, der sich nur ausschließlich mit dieser Frage zu beschäftigen hätte?

Nicht die Frage sei wichtig: Hat unser Vorstand den Boden des Klassenkampfes verlassen, oder darf aus Verhandlungsmitteln Kriegsangebote gezeichnet werden?, sondern: stehen wir dem sich zum Angriff vorbereitenden Unternehmertum gewappnet gegenüber? Jeder einsichtige Verfassungskämpfer muß sich jetzt klar sein, daß vor allem die Übertragung der politischen Wirknisse in die gewerkschaftliche Organisation nur dazu dient, die Macht der Unternehmer mühelos zu ihren Günstigen zu vergrößern.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes gibt bekannt, daß die Urabstimmung über die Vorschläge der Verbandseitung bezüglich Unterstützungseinrichtungen und Beitragsleistung in der Zeit vom 8. bis einschl. 10. März d. J. stattfinden soll.

Günstiger Stand des Fabrikarbeiterverbandes

Wie wir aus einer Uebersicht des „Proletarier“ entnehmen, sind nach den berichtenden Zahlstellen im Jahre 1917 52 614 Mitglieder aufgenommen worden. Da 46 Zahlstellen nicht berichtet haben, muß diese Zahl noch etwas höher angelegt werden. Es hat sich somit die Zahl der im letzten Berichtsjahre neu aufgenommenen Mitglieder gegen die des Jahres 1916 fast verdreifacht, gegen 1915 gar vervielfacht. Könnten heute alle zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder wieder in die Reihen der Organisation zurückkehren, so hätte der Verband 10 000 Mitglieder mehr als bei Kriegsbeginn. Das Verbandsorgan erschien am Ende des Berichtsjahres in 119 500 Exemplaren.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlin

348 Hilfs- und Lohnarbeiter der Firma O. u. K. in Rowadow rufen den Schlichtungsausschuß nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes an. Sie verlangen eine Zulage von 20 Pf. zu ihrem bisherigen Verdienst, der 85 Pf. bis 1,60 M. beträgt. Die Firma hat einem Teil der Arbeiter nichts bewilligt, anderen 5-15 Pf. für die Stunde. Nach längerer Verhandlung ergeht ein Schlichtungsurteil, daß die Firma den Höheren 10, allen übrigen aber 8 Pf. Zulage geben soll.

40 Arbeiter des Werkzeugbauers der Firma O. u. K. in Rowadow rufen ebenfalls nach § 13 den Schlichtungsausschuß an. Sie haben eine Forderung von 20 Pf. für die Stunde gestellt. Auch in diesem Falle ergeht ein Schlichtungsurteil, daß die Werkzeugaufarbeiter und Dreher eine Zulage von 20 Pf., die Maschinenarbeiter von 12 Pf. und die Arbeiter von 8 Pf. für die Stunde erhalten. Es wird festgesetzt, daß der Verdienst im Werkzeugbau bei der besagten Firma als außerordentlich gering bezeichnet werden kann.

81 Holzarbeiter und 45 Arbeiterinnen der Tischlerei der Firma B. u. Co. in Charlottenburg rufen ebenfalls den Schlichtungsausschuß an. Die Sache ist bereits am 13. Dezember verhandelt worden, jedoch ist damals die ganze Angelegenheit zur erneuten Verhandlung in den Betrieb zurückbewiesen. Diese Verhandlung im Betrieb hatte keinen Erfolg gehabt. Es ergeht ein Schlichtungsurteil, daß unter Ausschluss der Anschläger und Prävier den Holzarbeitern und Arbeiterinnen eine Zulage von 5 Proz. auf die Affordpreise und Lohnsätze gewährt wird.

Zwei Schlosser der Firma St. in Pantow verlangen den Abschluß, weil sie es mit ihrer Uhr nicht mehr vereinbaren können, bei der Firma weiter zu arbeiten. Es wird festgestellt, daß der Meister sich von den dort beschäftigten Schlossern Schmiergelder zahlen läßt und daß dann diese Schlosser, die dem Meister Geld geben, bessere Afforde bekommen wie die anderen. Die Schlosser erklären, daß der Firmeninhaber, der persönlich anwesend ist, von diesem Zustand informiert war und nichts zur Aenderung getan hat. Der Kriegsausschuß spricht seine Verwunderung aus, daß ein derartiger Zustand in einem Kleinbetriebe sich aufrecht erhalten läßt, ohne daß der Inhaber der Firma davon etwas merkt. Nachdem der Firmeninhaber zugefugt, daß der Meister nicht mehr das Recht hat, die Affordpreise selbständig festzusetzen und weiter betont, daß dem Meister die Annahme solcher Schmiergelder untersagt worden ist, erklären sich die Kläger zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bereit.

108 Arbeiter des Werkzeugbauers der Maschinenfabrik O. Sch., A.-G., in Oberschöneweide rufen den Kriegsausschuß nach § 13 an und verlangen eine Aufbesserung ihres Verdienstes um 20 Pf. für die Stunde. Es wird festgestellt, daß die bei der Firma gezahlten Verdienste in keiner Weise der heutigen Zeit entsprechen. Es erfolgt deshalb vom Kriegsausschuß der Vorschlag, noch einmal im Betrieb über eine zu gewöhnliche Lohnhöhe zu verhandeln, und zwar wird der Firma vorgeschlagen, die in dieser Abteilung bestehende Feuerungsanlage von 15 Pf. auf 20 Pf. für die Stunde zu erhöhen. Der Wunsch der Firma, nach Leistungen Lohnsteigerungen zu gewähren, soll dadurch nicht beeinträchtigt werden, weil der Kriegsausschuß auf dem Standpunkt steht, daß insbesondere bei den Werkzeugmachern außer den vorgenannten 15 Pf. noch eine weitere Zulage gegeben werden müsse. Die Feuerungsanlage dieser Abteilung ist mit 20 Pf. immerhin noch niedriger als in anderen Abteilungen des besagten Werkes.

60 Dreher und 20 Maschinenarbeiter der A.-G., Guttenstraße, verlangen eine Entschädigung des Kriegsausschlusses in einer Streitfrage. Die Arbeiter haben bisher bei ihrer Affordarbeit einen durchschnittlichen Verdienst erzielt, der für die Dreher 2,60 und für die Maschinenarbeiter 2,35 M. betrug. Es sollen nun Arbeiten angefertigt werden, die in Friedenszeiten auch gemacht wurden. Diese Arbeiten sollen nur zu einem Stundenverdienst von 2,90 bzw. 2 M. kalkuliert werden, weil die Firma einwendet, daß die Arbeiter, wenn die Preise so festgesetzt werden, ihren alten Verdienst wieder erreichen können. Es wird festgesetzt, daß die Arbeiter vorher einen Verdienst von 2,60 bzw. 2,35 M. gehabt haben; demgemäß müßten auch die neuen Afforde herabgesetzt werden.

Parteinachrichten.

Die „bürgerlichen“ Wähler der Sozialdemokratie.

Ueber das Ergebnis des Wahlschlusses um Stadtratsmandate in der Stadtverordnetenversammlung ist folgende höchst lehrreiche Statistik aufgestellt worden. Es haben gestimmt für die

| | Sozialdemokratie | Unabhängigen |
|---|------------------|--------------|
| a) gelernte und ungelernte Arbeiter | 881 | 1209 |
| b) Invaliden, Pensionäre, Rentenempfänger | 25 | 21 |
| c) Vorarbeiter, Meister, Techniker, Ingenieure | 24 | 32 |
| d) Handlungsgehilfen, Bureauangestellte | 14 | 18 |
| e) Gemeinde- und Staatsbeamte | 10 | 8 |
| f) Gast- und Schankwirte, Händler, Kaufleute | 56 | 74 |
| g) Fabrikanten, Unternehmer, Rentiers, Privatiers | 8 | 5 |
| | 1018 | 1863 |

Dieses Wahlergebnis in einer „unabhängigen“ Hochburg beweist nämlich die Unrichtigkeit der — durch häufige Wiederholung nicht wahrer gewordenen — Behauptung, daß die Sozialdemokratie ihre Erfolge bei den Nachwählern den bürgerlichen Wählern verdanke. Das ist falsch! Die Erfolge der Sozialdemokratie bauen sich auf dem Vertrauen der Arbeiter auf, das das feste Fundament ihrer Macht und ihres Einflusses ist.

Die Entwicklungsgeschichte der Unabhängigen, erzählt von einem Spartakusmann.

Die Bremer Arbeiterpolitik, das Organ der Spartakusleute, erzählt mit vielem Humor die Geschichte von der Verschlingung und den Heldentaten der Unabhängigen:

Sie haben wirklich Recht, die tapferen Ritter von der unabhängigen Partei. Die Geschichte ging bereits los, als die berühmten Schützen noch im Mutterchoß der sozialdemokratischen Fraktion zappelten. Ihr erstes Lebenszeichen bestand darin, daß sie die Kredite mit einer Begründung verweigerten, die den französischen Sozialpatrioten Munition für ihren Ueberfall auf die Zimmerwaldisten lieferte. Sie begriffen den Verrat, den sie an der französischen Opposition begangen hatten, und hörten fortan auf, von der Landesverteidigung zu reden. Dafür zogen sie nun einen solchen Gaul nach dem andern aus dem Stall des Sozialbajonnetts. Quers kamen die internationalen Schiedsgerichte an die Reihe. Sie kumpelten und leudeten, die armen Wieder. Sie waren die richtigen Lumpenpfeifer. Aber das schönste war, daß sie von Herrn Woodrow Wilson, dem Präsidenten der amerikanischen Willardaristokratie, als Demokrat neugeborener Trunkenthust und Hochschützholzer, mit großer Würdeaufmerksamkeit wurden. Die Herren Haase und Ledebour in der Geistesgemeinschaft des Herrn Woodrow Wilson! Das war Recht und war fatal. Ebenso ging es mit der Urteilsungs-gedankenlosigkeit. Auch hier trat Herr Wilson für die deutschen „Unabhängigen“ ein. Als nun der alte Schinder nicht mehr ziehen wollte, mußte der Friede ohne Annexionen daran glauben. Und siehe da! Schon kam der Eros von Eraberger bis Scheidemann, wälzte sich mit seiner sonnen. Friedensresolution über die armen Unabhängigen und zerquetschte sie zu Erns und Müs. Insekt verstanden sie es dann mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ha, das war ein Klepper; an dem kann keiner! Und die Herren Haase und Ledebour warfen sich in die Brust: nun man 'ran, wenn's einer mag! Aber da kam ein neuer Kanalar, der in diplomatischen Dingen wohlverfahren war. Der erklärte im Namen der deutschen Regierung feierlich: Wir halten dafür, daß die Völker über ihr Geschick selbst zu bestimmen haben. (Der Kanalar, der also sprach, war kurz vorher ernannt worden.) Alsdem, kurrten die Kennerkreise bei den Unabhängigen. Die wohlgezielten Kobaltstöße der Regierung waren mitten hineingefegt. Der hohe Rat der Hasen sah verduht und stumm; denn von der anderen Seite, von der Donau her, kopelte es ebenso in ihre Rube hinein. Hier verstand Herr v. Seidler die neue große Lehre vom Selbstbestimmungsrecht. Was nun? Gott sei Dank! Da ganz hinten in der Ecke steht noch eine alte Mähre: die vereinigten Staaten von Europa. Papa Rousch hatte sie schon einmal geritten; aber er war wieder abgestiegen, weil das Vieh zu sehr hochte. Nun aber bestieg Ledebour, der tapfere Ritter Georg, die Rosinante und Ueppert mit ihr in die Arena des Reichstages. Feierlich verkündete er: Wenn Europa mit den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgreich konfurrieren sollte, so bleibt ihm kein anderer Weg, als die Vereinigten Staaten von Europa zu bilden. So sprach bedeutungslos Herr Ledebour, der große Sozialist, der kein anderes Heilmittel sieht als eine imperialistische Staatenvereinigung; wenn dieses Ungelium überhaupt möglich wäre. Das kommt davon, wenn Herr Herzfeld nur das Interesse der deutschen Arbeiter in bestimmten Fragen als theoretisch bezeichnet, wenn Herr Dittmann seine Hände in Unschuld wäscht, wenn Herr Henke den Instabilen „den mehr als reichlichen Gebrauch des Wortes Massenaktionen“ vorwirft, wodurch er den wohlverdienten Verfall der Bremer Sozialpatrioten einheimste, die es „erfreulich“ fanden, „daß Henke die Phrase von der „Politik der Tat“ und der „Massenaktionen“ so scharf kritisierte“. Da ist es freilich kein Wunder, wenn die braven Unabhängigen einen Keinsfall nach dem anderen erleben und wenn die Partei langsam zum Sammelbeden der sozialpatriotischen Eroisierungsprodukte und zum Heimatshafen für sozialpatriotische Schiffbrüchige wird. Es sind alljährlich ja wieder ihre drei oder vier angekommen. Eines Tages wird das passivische Schlammoffel wohl so weit sein, daß der große Verfassungs-tag gefeiert werden kann. Und dann gibt es wieder nur Scheidemann in der deutschen Sozialdemokratie. Geseget sei der Tag. . . .

Industrie und Handel.

Die erste Auslosung der viereinhalfprozentigen Schatzanweisungen.

Am 24. Januar hat zum ersten Male eine Auslosung der mit der sechsten Kriegsanleihe neu geschaffenen viereinhalfprozentigen Deutschen Reichsschatzanweisungen stattgefunden. Es wurden folgende Gruppen zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1918 durch das Los bestimmt: 134, 287, 449, 749.

Die Eigentümer der gezogenen Gruppen werden das Resultat mit nicht geringer Freude begrüßen; denn ihre im Frühjahr 1917 zum Preise von 98 vom Hundert bei der Zeichnung erworbenen Schatzanweisungen werden zum Nennwert zusätzlich eines Aufschlages von 10 Proz. am 1. Juli 1918 zurückgezahlt. Um die Rechnung ganz deutlich zu machen: Der Zeichnungspreis betrug für je 1000 M. Schatzanweisungen ohne Verzinsung der Zinsen 980 M., der Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf 1100 M., der Gewinn mithin auf 120 M. Derartige Auslosungen werden in jedem Jahre zweimal vorgenommen, die nächste im Juli.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Wie in Ausschüttungen der Hirsch-Kupfer-Werke A.-G. und der Chemischen Fabrik Hönningen und vorm. Reisingerwerk Reinickendorf H. Leibel A.-G. sollen außerordentliche Generalversammlungen der beiden Gesellschaften die Verschmelzung am 20. Februar auf der Grundlage beschließen, daß für eine Hönningen-Aktie eine Hirsch-Kupfer-Aktie gewährt wird. Dem entsprechend er-

höhen die Hirsch-Kupfer-Werke ihr Aktienkapital um 7,5 Millionen Mark. Außerdem aber führen sie sofort nach der Verschmelzung eine weitere Kapitalerhöhung wiederum um 7,5 Millionen Mark durch, derart, daß auf drei alte Hirsch-Kupfer-Aktien eine neue zum Kurs von 180 einfällt und das gesamte Aktienkapital auf 30 Millionen Mark steigt. Begründet wird diese Kapitaltransaktion mit der Notwendigkeit, flüssige Mittel infolge großer Erweiterungsarbeiten und besonders infolge der neu erworbenen Beteiligungen beschaffen zu müssen. Bekanntlich haben sich die Hirsch-Kupfer-Werke während des Krieges beteiligt an: dem Bayerischen Hüttenwerk Fritz Reumeyer A.-G. in Nürnberg und in Gemeinschaft mit den Rütgers-Werken an der Kurmärkischen Braunkohlen-, Gas- und Kraftgesellschaft m. b. H., zu welchem Zweck das Aktienkapital der Hirsch-Kupfer-Werke schon 1916 um 5 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark erhöht wurde, woraus sich ergibt, daß die Hirsch-Kupfer-Werke seit Kriegsbeginn bis nach Durchführung der eben geplanten Kapitalerhöhung ihr Kapital verdreifacht haben werden! Im Jahre 1917 erwarben die Hirsch-Kupfer-Werke die Aktienmehrheit der Graphit-Werke Kropfmühl A.-G. in Rünchen und der Ersten Bayerischen Graphitbergbau A.-G.

Durch die Kapitalerhöhung und die Verschmelzung mit Hönningen fließen den Hirsch-Kupfer-Werken flüssige Mittel reichlich zu. Hönningen hat die chemische Fabrik Hönningen unlängst für 10 Millionen Mark verkauft, so daß nur ein Betrieb, nämlich das Reisingerwerk Reinickendorf in die Ehe mit Hirsch-Kupfer mitgebracht wird. Daneben aber noch sehr große flüssige Mittel, mindestens 20 Millionen Mark. Die Bilanz vom Juli 1916 wies bereits ein Bankguthaben von 5 Millionen Mark und Effekten in gleicher Höhe aus und dazu kommen noch die erwähnten 10 Millionen Mark für den Verkauf der eigentlichen chemischen Abteilung in Hönningen. Außerdem hat Hönningen sehr erhebliche stille Reserven aufgeschichtet, die das Aktienkapital (7,5 Mill. Mark) weit übertreffen dürften!

Die Hirsch-Kupfer-Werke, die so allgemach zu einem gewaltigen Konzern auswachsen, haben bereits im Anschluß an ihre Beteiligung an der Kurmärkischen G. m. b. H. die Aufnahme der Kohstoffgewinnung geplant, diese Idee aber noch nicht durchgeführt. Sie werden die Produktion und Verarbeitung des Aluminiums, dessen Erzeugung während des Krieges wesentlich gestiegen ist, noch wesentlich erhöhen. Technisch und finanziell werden sie sich dabei mit der Metallbank und metallurgischen Gesellschaft A.-G. in Frankfurt a. M. treffen, die einen Posten der Hönningen-Aktien kontrolliert und die ebenfalls am Aluminium interessiert ist.

Der Kampf um den Zuckerpriß.

Jedes Kind weiß heute, daß Zucker nicht nur für die, ach, so knappe und einödrige Ernährung unentbehrlich ist, sondern daß er auch zu kriegswichtigen Produkten weiterverarbeitet wird. Das bindet die Landwirte aber nicht, die Zuckerrüben zu verfüttern und die Zuckerverfertigung ernstlich zu gefährden. So heißt es in einem Bericht über den Zuckermarkt:

Die anfänglich recht guten Aussichten der Zuckerverzeugung im Deutschen Reich sind getrübt worden. Ansehnliche Mengen roher Rüben aus der vorjährigen sehr zufriedenstellenden Ernte sind leider, trotz aller Verbote, anderen Zwecken als der Verarbeitung auf Zucker dienlich gemacht worden. Die Verfütterung der Rüben hat einen Umfang angenommen, der die Zuckerverzeugung merklich herabdrückt. Auch die Tatsache, daß ein Teil der Rohzuckererzeugnisse nicht auf Verbrauchszucker verarbeitet werden ist, weiß viele Konfessionen die Verarbeitung als unrentabel vertweigert haben, trägt zu dem minderen Ertrags bei.

So wird die Zuckerverzeugung kaum viel größer als im Vorjahr sein, obwohl die Ernte sehr viel besser war. Sogar die Reichszuckerstelle sieht sich genötigt, gegen die widerstreitigen Rübenbauern scharf Front zu machen. Sie hat an die Zuckerrüben ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt:

Nach und vorstehenden Mitteilungen verzögern manche Landwirte die Rübenlieferung absichtlich, um ihre Rüben nach Schluss der Arbeit in der Zuckerrübenfabrik, an die sie vertraglich zu liefern haben, einer andern Verwertung oder der Verfütterung im eigenen Betrieb zuzuführen. Bei vielen Landwirten soll die Absicht bestehen, daß sie nach Beendigung der Arbeit in den Zuckerrübenfabriken ihre Rüben zu anderen Zwecken höher als bei der Ablieferung an die Zuckerrübenfabrik verwerten können.

Dabei muß recht beachtet werden, daß wenn die Reichszuckerstelle von „manchen“ saumigen Landwirten kriecht, sicherlich so gut wie alle mit ihren Ablieferungen arg im Rückstand sind.

Von der augenblicklichen Schädigung der Landesverteidigung abgesehen, liegt in der passiven Resistenz der Rübenbauern, die meist auch Großaktionäre der Zuckerrübenfabriken sind, eine Drohung, den Zuckerrübenanbau und die prompte Ablieferung durch höhere Preise zu sichern. Es werden bereits so hohe Rübenpreise gefordert, daß sich der Zollentner Rohzucker auf 33 M., d. i. ungefähr 400 Proz. des Friedenspreises stellen würde. Auf dieses stürmische Drängen hat das Kriegsernährungsamt geantwortet, daß der Mindestpreis für Rüben erst festgesetzt werden sollte, wenn sich die Gestaltung der übrigen Feldfrüchte übersehen läßt, und ähnlich zur Vermeidung wiederholter Aenderungen, wie sie im letzten Jahre vorliefen, auch der Rohzuckerpreis erst dann, wenn die Anhaltspunkte für die Verarbeitungskosten genügen. Für ihre Anbauverträge könnten sich die Fabriken dergestalt helfen, daß sie von dem demnächst festzusetzenden Mindestpreise ausgingen und entsprechend ihren besonderen Verhältnissen die Zuschläge einsetzten.

Abschließend sei noch mitgeteilt, daß die Meldung von einem Zuckermopol dementiert wird.

Gerichtszeitung.

Wiederverabstimmung für die Dauer des Krieges. Ein Hamburger Mieter, der vor dem Kriege 1200 M. Jahresmiete zahlte, einigte sich bei Kriegsbeginn mit seinem Hauswirt dahin, daß er „für die Dauer des Krieges“ nur 800 M. zu entrichten brauchte. Da im vorigen Jahre der Mieter in eine Erhöhung auf den früheren Preis nicht willigte, so kündigte der Hausbesitzer zum 1. April d. J., was aber der Mieter nicht anerkennt. Nach seiner Auffassung sei durch den Mietverabstimmungsvertrag Kündigung während des Krieges ausgeschlossen, während der Hausbesitzer die Kündigung von Jahr zu Jahr nicht ausgeschlossen wissen wollte. — Das Hamburger Mietvereinigungsamt entschied, daß unter den veränderten Verhältnissen die frühere Vereinbarung nicht mehr zu halten sei, aber auch das Verlangen des Hauswirts gehe zu weit. Nach billigem Ermessen sei eine Erhöhung um 100 M. für das Jahr am Platze, so daß der Mieter für 1000 M. Jahresmiete wohnen bleiben kann.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Berlin; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Glöck, Berlin. Preis 1 Blatt 10 Pf. (einschl. Post).

Die Debatte im Hauptausschuß.

Scheidemann für den Weltfrieden.

Abg. Erimbora (S.): Wir sind mit den Darlegungen des Reichslänglers völlig einverstanden. Der Ton aus den letzten Kundgebungen Wilsons und Lloyd Georges klingt anders als in früheren Ausführungen. Einzelne Punkte in der Vorkonferenz bieten keinerlei Schwierigkeiten. Die Uebernahme Elsas-Lothringens in das Reich war die Gutmachung begangenen Unrechts. Dadurch erst sind die süddeutschen Staaten geschützt worden. Wir haben nie verlangt, Belgien zu annektieren; über diese Frage kann eine Verständigung nicht schwer sein. Nun zum Osten! Dem Staatssekretär von Kühlmann gebührt Dank und Anerkennung für sein Verhalten. Die Angriffe eines Teiles der Presse, die die Verhandlungen erschweren, müssen scharf zurückgewiesen werden. Das Vorgehen des Generals Hoffmann mag etwas auffällig gewesen sein, sein Ton aber ist uns geläufig und gegenüber Herrn Troost mußte ein deutliches Wort gesprochen werden. Die Beschlüsse der Landesräte können nicht einfach beiseite geschoben werden. Was die Räumung der Gebiete im Osten anlangt, so ist diese erst möglich, wenn die Sicherung Deutschlands feststeht und wenn Ordnung und Sicherheit in diesen Ländern geschaffen ist. Deshalb sind die vom Staatssekretär v. Kühlmann aufgestellten Richtlinien freudig zu begrüßen. Die Pflege und der Ausbau unseres Verhältnisses zur Donaumonarchie ist unsere vornehmste Aufgabe. Wer dieses Verhältnis trüben will, begeht ein Verbrechen am Vaterland.

Scheidemann (Soz.):

Wir leben in einer Zeit der schärfsten Konflikte und folgenschweren Entscheidungen. Ein Bild in die Presse zeigt, mit welcher Gedächtnislosigkeit der Kampf geführt wird. Ebert und ich werden bereits wieder als Landesverräter bezeichnet, die auf dem Sandhaufen erschossen werden müssen. Die Zahl der Droh- und Schimpfereien, die wir täglich bekommen, wächst immer mehr an. Das bezeichnende ist, daß diese in weiß anonymen Zuschriften, Flugblättern und als sonderbares Agitationsmaterial der Vaterlandspartei beigelegt ist. Ich will nur wenige Sätze darüber sagen: Die nationalistischen Dohmkeiler, die bereit sind, den letzten Tropfen Blut der anderen zu opfern, können bei mir keine Gefühle des Hasses erwecken. Teilweise legen wir die Briefe mit Beachtung beiseite, zumeist aber erinnern sie uns an die Hauptfiguren des unsterblichen Spaniers Cervantes: Don Quixotte und Sancho Panza.

Nun zur Sache. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber. Die eine ist der Meinung, daß in wenigen Monaten der Krieg mit einem gesamtdeutschen Erfolg beendet werden könne. Die andere glaubt das nicht. Die eine Partei verlangt einen Verständigungsfrieden, die andere will den Krieg fortsetzen.

Den Staatsmann, der aus diesem Kriege ohne Lougwy und Brieg zurückkommt, ohne daß Belgien in unserer Hand bleibt, die ständische Mücke dem englischen Nachbarn entzogen ist, und die Raaslinie unserer Interessen geradelt wird, würde die Gefährteste Len Lotengraber deutscher Nacht nennen.

Das ist nicht etwa eine Stimme aus der Maison de Santé in der Schöneberger Hauptstraße, sondern das ist ein Satz aus einer Rede des nationalliberalen Abgeordneten Fuhrmann im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Rechnung der Schwertfeger stützt sich erstens auf den U-Boot-Krieg, zweitens auf die Offensivkraft des Landheeres. Von dem U-Boot-Krieg hieß es in einer Denkschrift aus dem Jahre 1916, daß er binnen sechs Monaten einen vollen durchschlagenden Erfolg haben werde. Dieser Termin ist inzwischen erheblich überschritten. Von trane mir nicht den Unfinn zu, daß ich etwa sagen könne, der U-Boot-Krieg sei wirkungslos gewesen, ach nein! er schädigt England gewiß kolossal. Jeder Engländer spürt ihn am Mittagstisch. Aber der sichtbare Erfolg des U-Boot-Krieges ist doch der Eintritt Amerikas in den Krieg. Die russische Revolution, ohne daß Amerika in den Krieg eingetreten wäre, hätte uns sicherlich längst den Frieden gebracht. Und jetzt? Jetzt stehen wir wieder genau wie vor einem Jahre vor einer Entscheidung von ungeheurer Tragweite. Hoffentlich läßt man sich nicht wieder durch falsche Prophezeiungen beeinflussen. Ich komme zum zweiten Faktor der Schwertfeger: der Offensivkraft des Landheeres. Nehmen Sie an, wir würden Calais und Paris nehmen — denn das soll ja das Ziel, wie man im Auslande erzählt, der nächsten Kämpfe sein — nehmen Sie an, ein solcher Durchbruch wäre vollkommen gelungen, wäre das der Frieden? Ich sage: Nein! Das ist ja gerade das Entsetzliche, daß der Kampf immer weiter geht, obwohl man auf beiden Seiten längst eingesehen haben sollte, daß auf Grund einer großen militärischen Entscheidung dieser Krieg nicht beendet werden kann. Wir haben ganze Staaten überannt, wir haben feindliche Regierungen außer Landes gejagt und trotzdem haben wir keinen Frieden. Und wenn schließlich die Jugend Deutschlands und Frankreichs verblutet wäre und wir hätten England und Frankreich vollkommen geschlagen — hätten wir dann den Frieden mit Amerika? Man hat bei diesem Kriege

etwas Neues nicht in Rechnung gestellt:

Die Aenderung der Psychologie der Völker. Der Fortschritt der Demokratie hat die seelische Defensivkraft gesteigert in ungeahnter Weise. Bei uns und bei den andern! Nicht in weitestgehender Weise sehe ich den Tag, an dem wir sagen würden, wir sind bestieg, wir akzeptieren eure Bedingungen. Ebenjowenig aber furchtbar den Tag, an dem Franzosen, Engländer und Amerikaner sagen: wir sind gegen Deutschland wehrlos, wir wollen seine Friedensbedingungen annehmen.

Wenn es aber so steht, dann sollte man nicht alles auf die Karte des großen Endzieles im Westen setzen. Welche Kohlenmacht macht sich übrigens namentlich in der alldeutschen Presse geltend! Früher ahnete jedermann auf, wenn der Frühling kam, mit dem neuen Blüten und neues Leben einzog, der Freude und ein blühender Glanz selbst für die Ärmsten brachte. Jetzt wird vom Frühling geredet, der selbstverständlich eine neue Offensive bringen muß, mit neuen ungeheuren Wutopfern. Nichts verächtlicher als diese Dohmkeiler, die keine Miene verziehen, wenn von den furchtbaren Opfern gesprochen wird. Hören Sie, was heute die „Deutsche Zeitung“, dieses Musterblatt der Vaterlandspartei, schreibt:

„In den Kreisen, die von den Gedankengängen der Berliner Wilhelmstraße erfüllt sind, wird man mit dem Hinweis darauf, daß eine entscheidende militärische Aktion im Westen nicht ohne Verlust an Menschen durchführbar sei.“

Verlust an Menschenleben!

Menschen sind billiger als Brambären für diese Herrschaften.

Ich glaube, daß alle bisherigen Regierungen für die Wirklichkeit den richtigen Blick gehabt haben, keine hat die richtigen Folgerungen daraus gezogen. Bei uns sucht man bis auf den heutigen Tag, wie die Rede des Reichslänglers gezeigt hat, nach einer Diagonale unterzuhalten. Ich erinnere Sie daran, wie Weichmann Hollweg und Helfferich sich über den U-Boot-Krieg ausgesprochen haben. Und doch haben sie schließlich den U-Boot-Krieg gemacht.

Jeder verantwortliche Politiker muß sich, wenn er allein im stillen Kämmerlein ist, sagen, es ist unerreichbar, was gewisse Phantasten wollen; aber daraus sollte auch jeder einzelne die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Seit der

diplomatischen Katastrophe am 27. Dezember 1917

Ist ein Monat verfloßen, ohne daß wir in Breslau-Bismarck ernstlich weiter gekommen wären. Welcher Zweifel hat unsere Diplomaten geritten, daß sie 2 Tage nach dem 20. Dezember einen solchen Falsch schlugen? Ich trauete weder Herrn v. Kühlmann noch dem Grafen Czernin eine solche große Ungeschicklichkeit auf eigenem zu. Wer hat da mitgewirkt? Die Erklärung vom 27. Dezember hat nicht nur den Erfolg der Friedensverhandlungen gefährdet, sondern auch im Innern wenig erfreuliche Wirkungen gehabt. Denn viele haben sich gesagt, dieser Widerspruch wird unsere Gegner willkommener Anlaß sein zu der Behauptung, daß unsterblich zweideutig verfahren worden ist. Von den Konferenzen in Berlin wurde gesagt, sie hätten nichts in der Politik der Regierung geändert. Die Politiker der Rechten dagegen sagten, daß die Resolution vom 19. Juli zum alten Eisen geworfen sei und die Militärs hätten Garantien für die Durchsetzung ihrer Forderungen erhalten. Herr v. Tizip hat nach seinem Besuch beim Reichslängler, und zwar vor den Konferenzen, ein Rundschreiben an seine Getreuen erlassen, in dem er sagt: Habt keine Sorge, die Vaterlandspartei und der Reichslängler sind einsig, die Lebensnotwendigkeiten werden gewahrt werden.“ Wir alle wissen, was die Vaterlandspartei unter Lebensnotwendigkeiten versteht. Hat der Herr Reichslängler dem Großadmiral Tizip berechtigten Anlaß zu einer solchen Behauptung gegeben oder nicht?

Der österreichische Generalfreil.

Alles dies hat in Deutschland große Erregung hervorgerufen, mehr aber noch in Oesterreich, wo sie sich endlich im Generalfreil. In Oesterreich ist die Ueberzeugung leider allgemein, daß die deutsche Politik in amerikanisiertes Fahrwasser gekommen ist. Ich habe selbst in einem österreichischen Blatt gelesen: das Deutsche Reich hinterzieht den Frieden. Bei dem großen Ausbruch in Wien ist man achtungsvoll um die kaiserlichen Gebäude herumgezogen. Sein Wort ist gefallen gegen Kaiser Karl. Dagegen hat es nicht an Schmähschriften auf den Deutschen Kaiser gefehlt. Gewiß hat das der Kaiser von Oesterreich nicht verdient. Wenn es so gekommen ist, dann hat er das zu danken den unverantwortlichen Schwärmern der Vaterlandspartei. Hat doch eines der führenden Blätter der konservativen Partei die Lösung ausgegeben: Los von Oesterreich! Unsere Regierung und unser Parlament halten es für eine Selbstverständlichkeit, die besten Beziehungen zu Oesterreich auf das Innigste zu pflegen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: los von den Bundesgenossen, damit wir freie Hand bekommen.

Diese Gesellschaft bringt es fertig, auch noch die eigenen Bundesgenossen gegen uns aufzuheben. Der Regierung will ich folgendes erklären: — Ich betone, daß wir jegliche persönliche Antipathie fernliegen —: Sagen Sie sich los von solchen Einflüssen, machen Sie sich vollkommen frei, und wenn Sie das nicht können,

dann gehen Sie lieber!

Wenn Sie den Frieden mit Rußland nicht zustande bringen können, gehen Sie, bevor Sie hinweggefegt und Verschleudert.

Wenn man glauben möchte, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Obersten Heeresleitung bestehen? Die groß diese Meinungsverschiedenheiten sind, hat die Rede des Generals Hoffmann in Breslau-Bismarck gezeigt. Der General ist bekannt als ein glänzender Soldat. Er gilt als einer der politisch klügsten Generale, er ist einer von denen, für die es noch einen anderen Vorstellungskreis gibt als den rein militärischen. Ein Mann, der sich der allgemeinen Hochachtung erfreut! Aber wenn selbst dieser Mann die Verhandlungen beinahe gesprungen hätte, so zeigt das, wie wenig unsere Militärs am Platze sind, wo es gilt, politische Gegensätze auszugleichen.

Im eigenen Lande läuft die Militärbefehlshaber ja auch darauf hinaus, alle politischen Gegensätze auf die Spitze zu treiben.

Ich erinnere an die Debatten, die wir erst in diesen Tagen über die Penjur gehabt haben. Wer hätte da nicht das Gefühl, daß es so nicht weitergehen könne. Unser Militär soll sich betätigen auf seinem ureigenen Gebiete; auf dem politischen Gebiete kann es nur Schaden anrichten. Für uns gilt dies: Vaterlandsverteidigung ja — aber keinen Militarismus, keine politische Militärbefehlshaber, keine politisierenden Generale!

Heute ist die Situation vollkommen verfahren. Wir hätten den Frieden mit Rußland haben können, diese Möglichkeit ist zunächst verschüttet und damit ist auch die russische Regierung erschüttert, die allein mit uns Frieden schließen wollte. Hier hat man verbreiten wollen, die Konstantin hätte der bolschewistischen Regierung Opposition gemacht, weil sie den Frieden nicht schnell genug abgeschlossen habe. Wahr ist, daß Tschernow Wortworte gegen die Bolschewisten erhob, weil sie dem deutschen Imperialismus zu weit entgegengekommen seien. In der Tat ist die bolschewistische Regierung in ihren Friedensbestrebungen weiter gegangen als die Kadetten und der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre gehen wollten. Was glauben Sie, wie lange es noch dauern wird, bis Rußland, Frankreich, England und Amerika Regierungen haben werden, die Bereit sind, deutsche Siegerbedingungen zu akzeptieren als Lenin und Trotski?

Czernin hat anlässlich der Vorgänge in Wien eine Erklärung abgegeben, die eine Wendung der Politik in Oesterreich bedeuten kann.

Ich hoffe und bürge dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Donarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegenschiedsbedingungen.

Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Es wird immer klarer in die Erscheinung treten, daß Oesterreich auf keinen Fall eine Politik irgendwelcher Wächterweiterung mitmachen wird. Versuchen Sie also gar nicht, eine Politik zu treiben, die die große Masse des deutschen Volkes mit Entschiedenheit ablehnt. Schließen Sie mit Rußland den Frieden, den Sie in 24 Stunden haben können: den Frieden ohne offene oder versteckte Annerkennung, den kaiserlichen Dauerfrieden ohne Wächterweiterungs-Hintergedanken. Und wenn Sie den haben, dann gehen Sie mit der Offensive des Weltfriedensgedankens gegen den Westen vor.

Niemand sollte sich taub und blind stellen gegen das, was in den Reden von Wilson und Lloyd George für die nächste Friedens-

neigung im Westen spricht. Der Reichslängler hat durch seine Rede gezeigt, daß er sich der Bedeutung besonders der Wilsonrede vollkommen bewußt ist. Leider hat er dann gesagt, so spreche niemand, der den Frieden ernstlich wolle. Das hat mich im höchsten Maße überrascht, nach allem, was der Reichslängler sonst gesagt hat. Man mußte annehmen, nachdem der Reichslängler erklärt hatte, daß man über die vier ersten Programmpunkte Wilsons zu einer Verständigung gelangen könnte, daß er dann zu einem andern Schluß kommen würde. Diese vier Punkte sind von so ungeheurer Wichtigkeit, daß nach einer Einigung auf sie die Schwierigkeiten, die sich aus territorialen Fragen ergeben, viel leichter überwindbar erscheinen.

Am engsten Zusammenhang mit Punkt 4 steht auch der Punkt 14 über den Verband der Völker. Hierüber hat sich der Reichslängler dann weniger befriedigend ausgesprochen. Warum erklärt er sein Einverständnis unter der Voraussetzung, nachdem er die andern schonenden Fragen geregelt sein werden. In den feindlichen Lagern stehen die Dinge so, daß die gemächliche Richtung Frankreichs den Kampf auf Leben und Tod mit Clemenceau führt, während sie in Wilsons und Lloyd Georges Politik bereits zum Durchbruch gekommen ist. Ich will auf die Anrede von Lloyd Georges nicht eingehen, dem Beispiel des Kanzlers vielmehr folgen und mich nur an die Vorschläge Mr. Wilsons halten. Die sehe ich doch vielfach ganz anders an als der Reichslängler.

Ueber elf Punkte wäre meines Erachtens eine glatte Verständigung schnellstens möglich.

Von Elsas-Lothringen heißt es bei Wilson, daß Unrecht „sollte“ wieder zugemacht werden. Hier muß Herr Wilson korrigiert werden, daß es das nicht gutzumachen gibt; Elsas-Lothringen ist deutsches Land und bleibt es. Das, was deutsch ist, in deutschem Besitz bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Wegen der die Türkei betreffenden Fragen muß eine Verständigung möglich sein, ohne daß Deutschland der Neutralität gegenüber der Türkei geziehen werden könnte. Ich halte es für unmöglich, von den Wilsonschen Vorschlägen zu sagen, daß sie, weil sie einige unannehmbare Punkte enthalten, überhaupt nicht am Verhandlungstisch erörtert werden könnten. Ein lautes Wort muß gesagt werden über Belgien. Dem Elsas-Lothringens wegen werden weder Amerika noch England den Krieg jahrelang ohne jede Aussicht auf Erfolg fortsetzen können.

Wenn ein lautes Wort über Belgien gesprochen wird, dann ist die Kriegstreibererei in England zu Ende. Hören Sie, was Phillips Snowden, ein sehr angesehen und einflussreicher englischer Sozialist, an Albert Thomas, den französischen Sozialisten und Ex-minister auf dessen elsas-lothringische Forderung geantwortet hat:

Thomas achte nicht auf die geschichtliche Seite des Problems vor 1871 und lasse gänzlich aus dem Auge, daß die Bewohner der beiden Provinzen der Rasse und Sprache nach weit überwiegend deutsch seien und immer deutsch gewesen seien, und daß 1871 selbst nach der zweihundertjährigen, französischen Okkupation über 80 Proz. deutsch als Mutter Sprache sprachen. Die britischen Sozialisten erkennen die internationale Bedeutung der elsas-lothringischen Frage an und wünschen deren endgültige befriedigende Lösung, wobei es ihnen gleich sei, ob die Provinzen bei Deutschland bleiben oder wieder französisch würden. Snowden betont, daß Thomas keineswegs die gesamte französische Sozialistenpartei und sicherlich deren Mehrheit vertritt. Er Snowden, könne dagegen versichern, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht willens sei, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich instand zu setzen, Elsas-Lothringen wieder zu gewinnen. Die britischen Soldaten fragen, was Elsas-Lothringen mit dem Kriege und der Befreiung Belgiens zu tun habe.

Snowden schließt: Nicht um Elsas-Lothringens willen haben fünf Millionen unserer Landsleute freiwillig die Waffen ergriffen, nicht darum hat das Land die Militärdienstpflicht über sich ergehen lassen.

Dem brauche ich wohl nichts hinzuzufügen. Wir Sozialisten haben keine Ursache, fremde Regierungen etwas besser und höher einzuschätzen als die eigene. Wenn wir diese wegen mancherlei Unklarheiten oft genug angeklagt haben, so stellen wir jetzt, daß auch die Reden und Schriften Lloyd Georges und Wilsons vielfach an Klarheit und Eindeutigkeit zu wünschen übrig lassen. Aber das kann nicht bestritten werden, daß in den beiden letzten Kundgebungen dieser Herren die Bereitwilligkeit zum Frieden erkennbar ist. Und einen Verständigungsfrieden wollen wir doch. Der Reichstag hat ihn am 19. Juli einwandfrei verlangt. Die Regierung hat sich auf den Boden dieser Forderung gestellt. Daraus ergeben sich die notwendigen Folgerungen von selbst.

Wenn Bergewaltigungen in dem zu schließenden Frieden ausgeglichen sein sollen, ist der Standpunkt unhaltbar, daß beispielsweise

der kurländische Landesrat

dem Volkswillen Ausdruck gegeben hat, wenn er sich für den Anschluß an Deutschland ausspricht. Dieser Landesrat in Kurland setzt sich folgendermaßen zusammen: Ein Drittel aus der Ritterschicht, die ist deutsch, ein Drittel aus Stadtwirthern, die sind deutsch, ein Drittel aus der Bauernschaft und der Geistlichkeit, letztere ist auf Grund von Patronatsrechten deutsch. Mindestens 90 Prozent der Mitgliedschaft des kurländischen Landesrats sind deutsch, aber in der gesamten Bevölkerung Kurlands sind nur fünf Prozent Deutsche, dagegen mehr als 90 Proz. Letten. Und diese Herren sollen dem Volkswillen Ausdruck gegeben haben? Der Herr Reichslängler erklärt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte loyal durchgeführt werden. Gut. Sorgen Sie dafür, daß es geschieht. Der Volkswille muß klar und unabweisbar zum Ausdruck kommen können. Mit Philipp Snowden sehen meine Freunde und ich die Zeit der Verhandlungen

gekommen. Wenn früher deutsche Friedensangebote von den Gegnern abgelehnt worden sind, ist bei uns hart darüber geurteilt worden. Wir sollten jetzt nicht in denselben Fehler verfallen. Hören Sie die Stimme der englischen „Nation“, eines wahrhaftigen Friedensblattes:

„Deutschland müsse von unerbittlicher Dummheit und gnostischem Trotz erfüllt sein, wenn es in Wilsons Friedenspolitik eine geeignete Verhandlungsgrundlage nicht erkenne.“

Die Zahl dieser wird wachsen, die Deutschland die Schuld an der Fortdauer des Krieges zuschreiben.

Wenn es nicht bald zum Frieden kommt. Niemand wird uns im Ernst zuzumuten, die Bedingungen Wilsons unbesehen anzunehmen. Das dies geschieht, will auch in Deutschland niemand, kein Mensch will es. Aber Verhandlungen werden ja doch geführt, um eine Verständigung zu erzielen. Diese Punkte akzeptiert man, jene lehnt man ab, über das Ganze einigt man sich. Wäre dem nicht so, so müßte ja jeder Streit bis zum Besten der geführt werden. Wenn wir uns mit den Gegnern an einen Tisch setzen und sie stellen uns Forderungen, zu denen wir sagen Nein, was werden dann die Gegner tun? Sie werden sich überlegen, ob sie uns zwingen können, diese Forderungen zu erfüllen. Und wenn sie einsehen, daß sie das nicht können, dann werden sie darauf verzichten. Man muß auf beiden Seiten auf Illusionen verzichten, deren weitere Verfolgung noch Ströme von Blut kosten wird. Man wird Frieden schließen müssen auf dem Boden richtig gefasster Tatsachen. Und die sind so, daß weder wir noch die anderen irgendwelche Vergewaltigungsabsichten durchsetzen können. Wir erleben jetzt auch noch, um das nicht zu vergessen, das seltsame flämische Spielchen, also ein Gegenstück im Westen zu Kurland. Lassen Sie die Finger davon. Die volle christliche

Wiederherstellung Belgiens,

auch seiner staatlichen Selbständigkeit ist unsere Ehrenpflicht. Wir stehen zu dem, was der Reichskanzler Weichmann Hollweg darüber am 4. August 1914 gesagt hat. Ich hätte dringend gewünscht, daß der Reichskanzler in bezug auf Belgien ganz klar und offen gesagt hätte: wir sind bereit, es herauszugeben, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Gegner ihrerseits ihre Pläne auf die Antastung der deutschen Integrität aufgeben. Genau mit demselben Recht, mit dem der Reichskanzler die belgische Angelegenheit nicht vorwegnehmen lassen will, können die Gegner sagen, daß sie die Frage der deutschen Integrität (hier kommt auch die Kolonialfrage in Betracht) nicht vorwegnehmen lassen, solange sich nicht Deutschland zur Herausgabe Belgiens bereit erklärt hat. Auf diese Weise kommen wir keinen Schritt vom Ziel. Ich muß leider von der Rede des Reichskanzlers sagen, daß aus ihr mehr ein gelehrter Staatsjurist und glücklicher Diplomat spricht, denn ein großer Staatsmann, der sich die Aufgabe gestellt hat, der blutenden Welt den heißersehnten Frieden zu bringen.

Gehen wir einem Versuch nicht aus dem Wege, der der Welt ohne neue Opfer vielleicht das Ende aller Greuel bringen könnte! Wir müssen alles tun, um die für die Frühjahrs-Kämpfe Gezeichneten zu retten. Wir müssen alles tun, was mit der Ehre und der Zukunft des Reiches vereinbar ist, um der Menschheit neue Waffenopfer zu ersparen. Vergessen Sie auch dies nicht:

Die Stimmung der Massen ist sehr ernst.

Die Ernährungsschwierigkeiten sind bei uns gewiß nicht geringer als in England und Frankreich. Das Treiben der Reaktion im preussischen Abgeordnetenhaus steigert den Konfliktstoff in bedenklicher Weise. Darüber muß vollständige Klarheit geschaffen werden. Lassen Sie die Verhandlungen im Osten scheitern und werden die Erwartungen im Westen geläuscht, was dann? Ich will diese Gedanken nicht weiter ausspinnen, aber diese sagen: Wir Sozialdemokraten wollen alles tun für unser Volk und unser Land. Aber wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt. (Leb. Weisf. d. d. Soz.)

Abg. Hübner (Fortf.): Sollte die Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkennen und auf Annexionen nicht verzichten, dann hätte die Regierung nicht erst nach West-Sibirien gehen brauchen. Redner kritisiert scharf das Treiben der Annexionisten, die in leicht erkennbarer Absicht die Gefährdung des Thrones an die Wand malen. Wenn die „Woffische Zeitung“ den gleichen Standpunkt einnimmt, so könnte er sagen, daß seine Partei mit diesem Blatt nichts zu tun habe.

Die polnische Frage mag man anlassen wie man will, eine ideale Lösung wird nie herauskommen. Eine unabweisliche Aufgabe der Völker in Kurland und Litauen liegt noch nicht vor, der Weltwille muß dort erst verstanden werden. Die sofortige Zurücknahme der Truppen ist nicht möglich. In Kurland ist heute an die Stelle der einen, eine andere Gewaltregierung getreten, deshalb müssen wir gewarnt bleiben. Deutschland muß aber immer wieder erkläre, keine Annexionen zu wollen. Die Militärs haben sich der Politik der Regierung zu sagen. Unerbittlich ist das Treiben einer gewissen Presse, die das Gerücht vom Austritt Ludendorffs in die Welt setzte, um Stimmung für ihre Pläne zu machen. Kein Zweifel, es fanden militärische Kreise hinter diesem Gerücht. Wir hoffen, daß wahr bleibt, daß auch im Osten ein Friede im Sinne der Wehrheitsresolution des Reichstages erstrebt wird. Auffällig ist, daß General Hoffmann überhaupt in die Lage kam, in West die bekannte Rede zu halten. Aus den letzten Kundgebungen Wilsons und Lloyd Georges drang doch ein Ton heraus, der beachtlich ist. Das hat es dem Reichskanzler ermöglicht, ruhig und klar zu antworten. Ueber einen Teil der Sozialpläne Wilsons bestche Hebererinnung. Man müsse aber neuerdings sagen: die eskalatorische Frage ist für uns keine Frage. Kein Fuß breit deutschen Landes darf abgetreten werden, insbesondere auch nicht die deutschen Gebiete, die von Polen bewohnt sind. Diese Frage könne nicht unter das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker gebracht werden. Sonst müßten auch die Völker sich loslösen können, die sich England im Laufe der Jahrhunderte angegliedert hat. Wenn Wilson anerkennt, daß

auf keiner Seite Eroberungen

statifunden sollen, dann ist der Tag gekommen, daß man mit Amerika verhandeln kann. Die ganze Welt lehnt sich nach dem Frieden, des Glends soll genug sein, das über die Welt hereinbrochen ist. Soll auf die Herabsetzung Deutschlands verzichtet werden, dann ist der Grund für Friedensverhandlungen gegeben.

Abg. Dr. Stresemann (nall.) wendet sich gegen Scheidemann, der ein verzerrtes Bild vom U. Soot-Krieg entworfen. Seine Rede mag von ehrlichem Friedenswillen getragen worden sein, dem Frieden aber habe sie nicht gebietet. Der U. Soot-Krieg habe gewirkt und es sei falsch, zu sagen, er habe uns nur die Feindschaft Amerikas eingetragen. Die Revolution in Rußland ist eine Folge der deutschen Siege. Daß sich Graf Czernin mit dem Programm Wilsons einverstanden erklärt habe, sei in dieser Form nicht zureichend. Dringender zu wünschen wäre, daß von deutscher maßgebender Seite über das Wort ergriffen würde, um den feindlichen Staatsmännern zu antworten. Diese antworten sofort, die deutschen Staatsmänner hüllten sich wochenlang in Schweigen. Damit verderbe man die Stimmung im Volke. Aus der Rede Lloyd Georges klinge direkt das Gegenteil einer Friedensbereitschaft heraus. Scheidemann habe einen falschen Weg eingeschlagen, als er verurteilte, die Politik Wilsons in Riffen aufzulösen. Die feindlichen Staatsmänner sind Meister in der Kunst, ihre Forderungen in identische Phrasen einzuhüllen, denen ein gewisser Eindruck nicht verlagert bleibt. Selbst im Wege der Verständigung dürfe kein Fußbreit Bodens abgetreten werden. Es unterliege keinem Zweifel, daß Wilson der Aufteilung der Türkei das Wort geredet habe. Darauf könne sich Deutschland unter keinen Umständen einlassen. Das Verlangen, Polen einen Ausweg nach dem Meer zu schaffen, wisse nur auf Kosten Deutschlands gesehen. Darauf könne kein deutscher Staatsmann eingehen. Wir denken nicht an die Annexion Belgiens, aber die Selbständigkeit Belgiens sei ein Ziel, von dem man nicht ablassen könne. Der Rat von Blandern hat sich längst dafür ausgesprochen, den Flamen den Weg zur Selbständigkeit nicht

verlegt werden. Solche Bedingungen müssen stets von einer intellektuellen Oberschicht getragen werden.

In West-Sibirien sei nicht alles nach Wunsch gegangen. Die heutigen Weltprobleme haben die Grenzen der Parteien gesprengt. In den Annexionisten gehören nicht nur Fortschrittler, sondern auch Sozialisten. Das alte Rußland besteht nicht mehr, es löst sich in einzelnen Staaten auf, es ist also falsch, zu sagen, daß man mit Rußland im allgemeinen auf guten Fuß kommen müsse. Das polnische Problem hätte man bei den allgemeinen Friedensverhandlungen lösen müssen. Heute stehen wir vor einer Tatsache, die uns zwingt, in ein engeres Verhältnis mit dem Baltikum zu gelangen. Das selbständige Polen werde seinen Feind in Deutschland erblicken, das ihm den Ausgang zum Meer verweigert. Von einem guten Verhältnis könne unter diesen Umständen gar keine Rede sein. Schon deshalb müssen wir mit Kurland und Litauen in ein engeres Verhältnis kommen. In beiden Ländern habe man diesen Wunsch geäußert, man dürfe aber die Entscheidung darüber nicht in die Hände der Annexionisten legen. Deshalb muß der Ausdruck des Willens der Landesräte in Kurland und Litauen als die präsumtive Willensmeinung dieser Völker gelten. Man kann nur bößlich mit dem Verhalten unserer Unterhändler in West-Sibirien einverstanden sein. Die Angriffe auf die Unterhändler müssen auf das schärfste zurückgewiesen werden. In West-Sibirien mußte man zu der Auffassung kommen, daß der Friede verschleppt werden sollte, deshalb war das Auftreten des Generals Hoffmann begrifflich und berechtigt. Die Mitwirkung der militärischen Leitung, auch bei der Erörterung politischer Fragen, könne nicht entbehrt werden. Kein Zweifel, daß wir mit unseren Bundesgenossen etwas Weisheit wollen, das werde aber erdichtet durch Angriffe, wie sie das Wiener Fremdenblatt gegen Wilson richtete oder wenn Angriffe auf die Oberste Kommandoleitung unabweisbar bleiben. Wir alle erheben den Frieden, wenn aber noch Opfer gebracht werden müssen, dann trifft die Schuld nicht Deutschland.

Die Weiterverhandlung findet Freitag früh 10 Uhr statt.

Abgeordnetenhaus.

Erregte Szenen.

115. Sitzung, Donnerstag, 24. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Drews.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag rechtsstehender Abgeordneter betr. die Sicherstellung des Rechts der Staatsbeamten auf politische Betätigung. In seiner ursprünglichen Fassung hatte dieser Antrag auch die Zurücknahme des Erlasses des Ministers des Innern über die Betätigung der Beamten in der Vaterlandspartei gefordert. Der Ausschuh hat einstimmig den Antrag angenommen, mit der Revision, daß innerhalb der Diensträume, auf dienstlichem Wege, oder sonst durch Ausübung der Dienstgewalt die politische Betätigung verweigert sei.

Abg. Frhr. v. Seibitz (H.) beantragt Zurückweisung der Angelegenheit an den Ausschuh zwecks schriftlicher Berichterstattung. Abg. H. Hoffmann (Unabh. Soz.) widerspricht. Die Vaterlandspartei will offenbar in der Zwischenzeit weiter auf die weitere Verhandlungen einwirken. Das Ministerium in Oesterreich sollte als Warnung dienen. Sie tangen auf einem Vulkan. (Lärm.) Selbst ein Scheidemann hat mit der Opposition gedroht. Wir stehen wie in Oesterreich zehn Minuten vor einer Katastrophe. (Großer Lärm.) Das Volk hat es satt, weiter in den Krieg gekehrt zu werden. (Lärm und Pfuirufe.) Der Vizepräsident ruft den Redner zur Ordnung.

Frhr. v. Seibitz (H.): Die Angelegenheit hat mit der Frage der Verhandlungen nichts zu tun. Niemand will die Angelegenheit verschleppen, aber ohne mündliche oder schriftliche Bericht aus dem Ausschuh ist eine sachgemäße Behandlung unmöglich.

Vizepräsident Dr. Lehmann: Wenn ein schriftlicher Bericht nicht vorliegt und ein mündlicher nicht gegeben werden kann, muß geschäftsordnungsgemäß die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung erfolgen.

Abg. Winkler (L.): Wir sind für Rückverweisung.

Abg. H. Hoffmann (Soz.): Wenn das auch in der Geschäftsordnung steht, so ist das Haus doch jederzeit souverän. Wenn Sie nicht unserem Räte folgen, übernehmen Sie die Verantwortung für alles, was kommt. (Lärm und Pfuirufe: Geben Sie doch zu den Volkswahlen!) Auf den Reichskanzler wird in unerhörter Weise eingewirkt. (Zurufe: Zur Sache!) Der Reichskanzler ist auch ein Beamter, und wir wollen diese Einwirkung zur Herbeiführung einer bestimmten politischen Betätigung verhindern. (Gelächter.) Sie wollen das Volk weiter in den Krieg hegen und neue Millionen opfern. (Großer Lärm und Pfuirufe.) Der Vizepräsident ruft den Redner wiederum zur Ordnung.

Abg. Fuhrmann (nall.): Wir würden auf schriftliche Berichterstattung verzichten, wenn ein mündlicher Bericht gegeben werden könnte. Aber das erklärt der Berichtshatter für unmöglich. Mit den West-Sibirien Verhandlungen hat dieser harmlose Vorgang nichts zu tun.

Abg. H. Hoffmann (Unabh. Soz.): So harmlos ist die Sache nicht. Seit dem Beschluß des Ausschusses sind acht Tage verfloßen. In diesen acht Tagen haben sich in Oesterreich Ereignisse abgepielt, die auf den Ausschuh vielleicht Eindruck gemacht hätten. (Widerspruch.) Aber wie die Väter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Abg. Volkmann (nall.): Der Vorredner irrt. Die Ausschuhführung hat vorgezogen abend stattgefunden und sämtliche Vorgänge in Oesterreich waren bekannt.

Die Geschäftsordnungssprache wird durch Schlußantrag geschlossen. Gegen die Stimme des Abg. Hoffmann wird mit den Stimmen aller anderen Parteien die Angelegenheit an den Ausschuh zurückverwiesen.

Es folgt die ernene Beratung des vom Herrenhaus abgeändert zurückgekommenen

Wohnungsgesetz.

Der Ausschuh hat nur zwei Änderungen formaler Natur vorgenommen. In einer kurzen Debatte erklärt

Abg. Orlsch (Soz.): Die Stimmen der Vorlage zu, trotzdem unsere Wünsche namentlich in bezug auf die Wohnungsordnung und die Wohnungsaufsicht nicht erfüllt worden sind.

Schließlich wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen, ebenso das Vorschlagsgesetz.

Ein Antrag Andres für schleunige Maßregeln gegen die Hochwasserschäden im Kreise Geesemünde, im Rahetal und anderen Gebieten des Rheins und seiner Nebenflüsse, wird einstimmig angenommen.

Anträge der Konservativen und des Zentrums wünschigen Maßnahmen zur

Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche und Vereinfachung von Saatkartoffeln, Sämereien und Düngemitteln.

Der Ausschuh hat die Anträge in einer Fassung angenommen, worin die Regierung ersucht wird 1. die Vergrößerung der Landwirtschaft mit den nötigen Düngemitteln und Saatkartoffeln und der Sämereien mit Gemüsesamen und anderen Sämereien für die bevorstehende Frühjahrsteilung ohne Verzug herbeizuführen, 2. eine wesentliche Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche zur Sicherung des gesteigerten Verbrauchs für das laufende Jahr herbeizuführen, insbesondere durch Zusicherung eines ausreichenden

Zuschusses zur Beschaffung von Saatgut für die gegenüber 1917 vergrößerte Anbaufläche.

Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Rothe: Bei der Vergrößerung der Landwirtschaft mit Düngemitteln und Gemüsesamen ist alles Mögliche geschehen. Auch zur Zahlung von Prämien, um eine reichlichere Kartoffelerzeugung durch vermehrten Anbau zu erzielen, hat sich die Regierung jetzt entschlossen. Es sollen die Mengen des verwandten Saatgutes zugrunde gelegt werden. Die Hauptaufgabe wird sein, daß gutes Saatgut verwandt wird. Die näheren Ausführungsbestimmungen müssen der Verwaltung überlassen bleiben. Die Bevölkerung muß möglichst schnell darauf hingewiesen werden, daß die Vermehrung des Kartoffelanbaus unbedingt erforderlich ist und daß dazu auch finanzielle Beihilfe gegeben wird.

Abg. Braun (Soz.):

Dem ersten Teil des Kommissionsantrags stimmen wir zu, weil in der Tat alles getan werden muß, um der Landwirtschaft die Vorbedingungen für Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer Produktion zu gewähren. Vor allem muß die Landwirtschaft mit den notwendigen künstlichen Düngemitteln versorgt werden. Ferner muß auch gegen den Wucher, der jetzt mit Sämereien getrieben wird, eingegriffen werden. (Sehr wahr!) Es werden einfach die Preise für ausländische Sämereien, auch für die im Inland erzeugten Sämereien verlangt. Man kann es natürlich dem Samen nicht zu ansehen, ob er aus dem Aus- oder Inland stammt. Der aus dem Ausland bezogene Samen dürfte daher nur unter strenger staatlicher Kontrolle vertrieben werden, und der inländische Samen muß billiger werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was die Förderung des Kartoffelanbaus anbetrifft, so sind die Preise, die heute den Kartoffelerzeugern gezahlt werden, völlig ausreichend. Das hat selbst der Präsident des Kreisverwaltungsamts unter Berufung auf landwirtschaftliche Sachverständige in der Kommission erklärt. Es liegt daher gar kein Anlaß vor, den Kartoffelerzeugern in Form von Prämien weitere materielle Vorteile zuzuführen, man solle vielmehr zum Anbauzwang schreiten, wenn die notwendige Menge von Kartoffeln nicht erzeugt wird. (Zuruf rechts: Undurchführbar!) Nun, ebenso wie die Wehrpflicht und die Hilfsdienstpflicht durchführbar ist, ebenso durchführbar muß auch die Anbaupflicht sein. Oder wollen Sie etwa sagen, daß die landwirtschaftlichen Kreise nicht bereit sind, ohne Prämien ihre vaterländische Pflicht zu erfüllen, wie das andere Kreise der Bevölkerung in dieser schweren Zeit tun müssen? Nur dann wäre der Anbauzwang ein Schlag ins Wasser! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen jedenfalls aus grundsätzlichen und praktischen Bedenken den zweiten Teil des Kommissionsantrages ab, der eine Prämie fordert für die Landwirte, die ihre Anbaufläche an Kartoffeln vermehren. Dieser

Anreiz durch fortwauernde Preissteigerungen

hat in den 3/4 Jahren der Kriegswirtschaft täglich verjagt. Diese Anreizpolitik hat lediglich die Folge gehabt, daß die Lebensmittel immer teurer und knapper geworden sind, hat allein die Gewinnlust angereizt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wird die Anbaufläche um 500.000 Hektar vermindert, so ergibt sich eine Preissteigerung für die Landwirte von 70 Millionen. Das ist bei den Preissteigerungen, die die Landwirtschaft jetzt hat, sicher nicht notwendig. Daher wäre trotz der 70 Millionen der notwendige Mehreinnahmen noch gar nicht einmal sichergestellt, denn wer bewahrt uns davor, daß die Landwirte, die im vorigen Jahre hinreichend Kartoffeln angebaut haben, im nächsten Jahre nicht ihre Anbaufläche verringern und stattdessen Getreide bauen, die ihnen mehr einbringen. Dann wird man wieder eine Erhöhung der Kartoffelpreise verlangen, und so ist das Prämienstystem eine Schraube ohne Ende. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo soll das nötige Saatgut herkommen? Eine Menge Kartoffeln werden zweifellos noch wie vor verfüttert und große Mengen Kartoffeln werden der Bevölkerung

im Schleichhandel

zu hohen Preisen zugeführt, weil die jetzt gewährten 7 Pfund nicht ausreichen. Meine frühere Behauptung, daß auch der Regierungspräsident von Düsseldorf den Gemeinden seines Bezirks 400.000 Pfund Kartoffeln zum Preise von 10 bis 12 Mk. also über den Höchstpreis, angeboten hat, hat mir Herr v. Waldow inzwischen bestätigt. Allerdings sind die Kartoffeln nicht über den Höchstpreis an die Verkäufner abgegeben worden, aber das ist nur möglich, wenn die Gemeinden zulegen. Da ist es notwendig, die Quellen des Schleichhandels zu verstopfen und die Kartoffeln dort zu nehmen, von wo sie noch fortgesetzt dem Schleichhandel zugeführt werden. Der konservative Redner in der Kommission hat erklärt, seine Freunde lebten jede Veranlassung ab, wenn die geforderten Prämien nicht eingeführt würden. Dieser verhüllten Streikandrohung gegenüber erkläre ich, daß wir jede Verantwortung ablehnen für die Folgen, die sich aus der Fortsetzung dieses Preissteigerungssystems ergeben, nämlich eine ständige Verdrößerung der Erzeuger und eine ständige Ausbreitung der großen Massen des Volkes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

In der Debatte wenden sich verschiedene Redner gegen den von Braun geforderten Anbauzwang.

Abg. Zang (L.): Für den Anbauzwang hat sich der Abg. Braun im Ausschuh auf das Vorgehen Friedrichs des Großen berufen, der den Anbau der Kartoffel erzwingen hat. Was der Abg. Braun will, ist doch nur ein Arbeitszwang gegen Hochflodn. Warum will er das nicht auf die Arbeiter in den Fabriken anwenden. Die Prämien sind notwendig um die erhöhten Arbeitslöhne (!) zu zahlen. Nur die Kartoffeln haben und das Durchhalten ermöglicht. Ohne ausreichenden Poltschuh hätten wir in Deutschland nicht einen Kartoffelanbau, der den dritten Teil der Weltproduktion ausmacht.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Das Schlußamtsgesetz sowie das Gesetz zur Förderung der Stadtschaften werden in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vizepräsident Lehmann schlägt vor, die nächste Sitzung am 28. Februar abzuhalten mit der Tagesordnung: 2. Beratung einer Reihe von Etats.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): Ich beantrage, morgen eine Sitzung anzubereiten zur Beratung des Antrags Fuhrmann betr. die Stellung der Beamten zur Vaterlandspartei. Die Wahrung des Volkes ist, wie Sie wissen, aufs höchste gestiegen durch den Terrorismus, der von den Altheutschen getrieben wird. Wohin die ideoische Politik des Volkvertrugs führt, haben Sie an Oesterreich gesehen. (Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Lehmann: Der Antrag ist geschäftsordnungsmäßig gar nicht zulässig, da der Antrag Fuhrmann bereits an eine Kommission verwiesen ist und gar nicht mehr vorliegt.

Abg. Ströbel (Soz.): Dieser Beschluß kann sehr wohl umgestoßen werden.

Abg. Freier v. Seibitz: Das Vorgehen des Herrn Ströbel beweist, daß die Herren gar nicht hochachtigen, nämlich über die Materie des Antrags Fuhrmann zu sprechen, sondern daß sie lediglich die Gelegenheit benutzen wollen zu agitatorischen Reden nach außen; wenn auch nicht absichtlich, so befolgen sie doch tatsächlich damit die Wünsche unserer Feinde. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): Diesen Vorwurf weise ich zurück. Die Geschäfte der Feinde werden vielmehr besorgt durch den unheimlichen Terrorismus der Altheutschen. Wenn sich die Regierung wie in Oesterreich auch bei uns entläßt, so ist das Ihre Schuld. (Sehr gut! bei den Unabh. Soz. — Unruhe rechts.)

Der Antrag Ströbel wird abgelehnt.

Schluß: 5 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Die Kriegsbeschädigten im Arbeiterzug.

Die Beförderung der Arbeiter nach und von den Groß-Berliner Industriestätten steht, was die Bequemlichkeit der Passagiere anbetrifft, heute bereits unter dem Niveau der Viehtransporte. Raum erträgliche Strapazen verurteilt sie allen Beteiligten, zu einer ausgesprochenen Tortur aber wird sie für die zahlreichen Kriegsschwerinvaliden, die, durch ärztliche Kunst dem wirtschaftlichen Leben zurückgegeben, in der Berliner Industrie Beschäftigung gefunden haben. Nur unter andauernden Schmerzen und unter Gefährdung ihrer Verlesenen oder noch gesunden Gliedmaßen können diese Kermis die überfüllten Stadtbahn- und Vorortzüge benutzen. An das Mitleid der Fahrgenossen zu appellieren widersteht vielen von ihnen um so mehr, als ihre schweren äußeren oder inneren Verletzungen oft dem Auge nicht wahrnehmbar sind. Daher ist es die Pflicht der Allgemeinheit, diesen durch den Krieg so schwer getroffenen Proletariern die nötige Hilfe zu leisten, und wir machen zu diesem Zweck folgenden Vorschlag.

In den sogenannten Arbeiterzügen ist bei Arbeitsbeginn und Arbeitschluss je nach der Anzahl der auf der betreffenden Strecke und Zugrichtung (z. B. Lohrer Hof—Spandau, Charlottenburg—Spandau, Berlin—Niederschönhausen, Berlin—Königsplatz—Südring ufm.) in Betracht kommenden Kriegsschwerinvaliden ein Wagen im Zuge ausschließlich für diese zu reservieren. Diese Wagen — es empfehlen sich solche 2. Klasse — sind zweckentsprechend einzurichten und durch sichtbare Aufschrift „Nur für Kriegsschwerbeschädigte“ kenntlich zu machen. Sie wären ständig an einer bestimmten Stelle, etwa am Ende oder am Anfang der Züge mitzuführen. Kontrolle wird ermöglicht durch Berechnungsausweise, die von den einzelnen Direktionen den Kriegsinvaliden eingehändigt sind, und die durch einen in diesen Wagen befindlichen Bahnkontrollbeamten, noch zweckmäßiger durch einen Sanitäter, Samariter oder eine Schwester des Roten Kreuzes geprüft werden, die gleichzeitig bei dem Ein- und Aussteigen die nötige Hilfe zu leisten hätten.

Es wäre Sache der einzelnen Direktionen und Arbeiterausgänge der an einem Ort befindlichen Industrieanlagen, möglichst bald untereinander Fühlung zu nehmen, um unter Mithilfe der Kgl. Eisenbahndirektion eine regelrechte Organisation in dieser Angelegenheit durchzuführen.

Nachwiederbau der Volkskraft.

Der Deutsche Verein für Volkshygiene hielt seit Kriegsausbruch zum ersten Male wieder seine Hauptversammlung ab, die am Mittwoch in Berlin unter Vorsitz des Ministers a. D. von Möller zummentat. Aus den Verhandlungen sei hervorgehoben der Vorschlag des Ministerialdirektors Prof. Kirchner über die Aufgaben, die der Verein nach Friedensschluss lösen will. Kirchner wies darauf hin, was Wissenschaft und Verwaltung in den letzten fünfzig Jahren getan haben, die Volksgesundheit zu fördern und eine Krankheit nach der anderen ihrer Schrecken zu berauben. Leider dauere es sehr lange, bis solche Fortschritte auch in das Volkswusstsein übergehen und durch bessere Erkenntnis die alten irigen Anschauungen samt überkommenen Mythen verdrängt werden. Es herrscht im Volke z. B. noch ein ungläubiger Mangel an Kenntnis dessen, was zur Bekämpfung von Seuchen nötig ist. In der Kriegszeit habe sich auch gezeigt, daß die meisten Hausfrauen von den Forschungsergebnissen der Ernährungswissenschaft keine Ahnung haben. Belehrung über Hygiene sei eine der Aufgaben, die der Verein bei seiner Gründung vor jetzt 18 Jahren sich gesetzt hat. Nach dem Kriege werde mit allem Eifer an dem Wiederbau der Volkskraft gearbeitet werden müssen; denn Deutschland brauche gerade dann ein starkes Geschlecht. Da werde die Förderung der Volksgesundheit durch aufklärende Belehrung besonders nötig sein. Wünschenswert sei eine Zusammenfassung aller Bestrebungen auf diesem Gebiete, denen der Verein für Volkshygiene eine Zentralfunktion sein wolle. In allen Städten seien Volkshygieneämter zu schaffen, an die diese Bestrebungen sich anlehnen können. Durch Wandervorträge müsse die Aufklärung bis in die entlegensten Orte getragen werden. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit eines planmäßigen Vorgehens von allen Rednern anerkannt. Demon wurde unter anderem, daß auch die Mitwirkung der Schule nicht zu entbehren sei und obligatorischer Gesundheitsunterricht eine wirksame Waffe liefern würde. Auch von hygienischen Wanderausstellungen, wie sie bereits vor dem Kriege versucht wurden, dürfe man große Erfolge erwarten. Präsident Dumm vom Reichsgesundheitsamt erklärte: „Alle unsere Verordnungen helfen und nicht, wenn nicht das Volk den Sinn für Gesundheit hat.“ Die Aufklärung durch Vorträge müsse nach dem Kriege mit größerem Eifer als je betrieben werden. — Wie sehr die Befolgung der als richtig erkannten Gesundheitsregeln auch von der wirtschaftlichen Lage einer Familie abhängt, davon sprach niemand. Auch das blieb unerörtert, daß der Wiederbau der Volkskraft noch einiges mehr als Belehrung, nämlich tiefgreifende sozialpolitische Maßregeln, erfordert.

Reichsbekleidung nur für die bedürftigste Bevölkerung.

Die Reichsbekleidungsstelle hat die Kommunalverbände darauf hingewiesen, daß die von ihr gelieferten Bekleidungs- und Bekleidungsstoffe nur den dringenden Bedarf der bedürftigsten Bevölkerung decken sollen. Diese Ware darf nur an solche Personen abgegeben werden, die ohne sie in Not geraten würden und nicht in der Lage sind, sie sich auf einem anderen Wege zu beschaffen. Eine Reihe von Gemeindeverbänden ist diesen Bedingungen nicht genügend nachgekommen. Die Beschränkung auf eine bestimmte Einkommensgrenze und die Nachfrage nach der Höhe des Einkommens auf Grund des Steuerzettels ist ungenügend. Die Bedürftigkeit ist unter allen Umständen genau nachzuweisen, nötigenfalls durch Ermittlungen geeigneter Hilfskräfte in den Wohnungen und Arbeitsstellen. Es ist auch eine strenge Überwachung der mit der Abgabe betrauten Kleinhandlärer darauf geboten, daß sie die Ware nur an solche Personen veräußern, die eine Ausfertigung des zuständigen Gemeindeverbandes abliefern. Die Nichtbeachtung dieser Bedingungen zieht den Ausschluß der Kommunalverbände von künftigen Lieferungen nach sich.

Aus dem Hauptauschuß des Provinzialverbandes Berlin der National-Zeitung.

Bei der Besprechung des Tätigkeitsberichts wurde gewünscht, daß nicht so bürokratisch verfahren werden möge, insbesondere mögen den Hinterbliebenen vermeintbare Wege und Scherereien erspart werden. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß insbesondere die Verbindung der Bekleidungsstellen über den Verdienst des Gefallenen notwendig ist, weil davon eventuell die Zahlung der Zulage abhängig ist. Nach den Bestimmungen haben die Hinterbliebenen, deren Ernährer vordem mehr denn 1800 M. im Jahre verdient hatte, einen Anspruch auf Erhalt der Zulage. Alle diejenigen, die Anträge auf Hinterbliebenenerente zu stellen geneigt sind, mögen sich daher bei den Bekleidungsstellen der früheren Arbeitgeber des Verstorbenen beschaffen, aus welcher der Arbeitsverdienst während des letzten Jahres vor der Einberufung hervorgeht. Im übrigen sei nicht die Geschäftsstelle des Hauptauschusses daran schuld, wenn mehrfach Fragen wiederholt wurden, weil von den militärischen Rentenstellen diese Anforderungen gestellt werden.

Die vom Auschuß für die letzten Monate des Jahres in Aussicht genommene Sammlung für die Zwecke der Hinterbliebenen-

unterstützung erhielt nicht die Genehmigung. Auf Verbriefe an Private, Großunternehmer usw. sind nur 20—25 000 M. zusammengekommen. Allgemein gab man im Auschuß seinen Befremden über den geringen Betrag Ausdruck. Es soll in dem Bewußtsein, die Kreise, die zum Teil durch den Krieg namhafte Geschäfte gemacht haben, für die Unterstützung der Hinterbliebenen zu interessieren, nicht erlaubt werden.

Um ungefähr 100 Kinder von Hinterbliebenen während der Sommerzeit auf dem Lande unterbringen zu können, sollen aus der Kruppstiftung 30 000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Zuckerzusage für Kinder.

Nach einer Verordnung des Magistrats erhalten Kinder im 1. Lebensjahre einen monatlichen Zulage von 1 1/2 Pfund Zucker, Kinder im 2. Lebensjahre einen solchen von 1 Pfund und Kinder vom begonnenen 8. bis zum vollendeten 7. Lebensjahre einen Zulage von 1/2 Pfund Zucker.

Butter muß ohne Verpackung gewogen werden!

Seit der Herabsetzung der wöchentlichen Speiseetimmens auf 70 Gramm, wovon nur 30 Gramm auf Butter entfallen, ist jeder Haushalt noch weit mehr als bisher darauf angewiesen, jedes Gramm Butter und Margarine auszunutzen. Um so unangenehmer macht sich die noch immer geübte, aber verbotswidrige Gewohnheit des Butterkleinhandels fühlbar, die geringen Speiseetimmens mit Papier, und oft recht dicken, starkem Papier, zu verpacken. Wiederholte Feststellungen haben ergeben, daß von den 70 Gramm Speise fett 5 bis 10 Gramm allein auf das Papier entfallen. Das braucht sich die tausende Bevölkerung nicht gefallen zu lassen. Dem Kleinhandel wird von den staatlichen und kommunalen Verteilungsstellen das Speisefett unter Verschüttung von Schwund und Einwoagen zugestellt. Wenn die Kleinhändler sich weigern sollten, Speisefett in mitgebrachte Gefäße zu verpacken oder wenn sie gar Mindergewicht geben, so empfiehlt es sich dringend, die zuständigen Gemeindeverwaltung anzurufen.

Ueberrmäßige Preise für Sardinen.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Obwohl Sardinenkonferenzen seit längerer Zeit nur durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin in den Verkehr kommen können, werden bis in die neueste Zeit hinein Sardinenkonferenzen vielfach zu sehr hohen Preisen im Kleinhandel verkauft. Da kaum anzunehmen ist, daß sich noch nennenswerte Bestände an Sardinen aus der Zeit vor Inkrafttreten der Einfuhrzentralisation durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft im Handel befinden, sind höhere als im folgenden genannten Preise in der Regel auf unlautere Machenschaften, insbesondere auf Kettenhandel zurückzuführen.

Mit Rücksicht auf die Preissteigerungen müßte von der Festlegung von Höchstpreisen für Sardinenkonferenzen Abstand genommen werden, dagegen ist die Verwendung eines angemessenen Preises für den Verbrauch für die Zukunft dadurch gesichert worden, daß die Dandelzuzulage (für Bezirkszentralen, Groß- und Kleinhandel) von der Zentral-Einkaufsgesellschaft in angemessener, seitens des Handels nicht zu verändernder Höhe festgesetzt wurden.

Anschließend dürfen unter Zugrundelegung der zuletzt von der ZEG berechneten Abgabepreise die Kleinverkaufspreise für Sardinenkonferenzen in 1/4 Millimeter Dünge- oder Klüppeln die folgenden Höchstpreisen pro Dose nicht überschreiten: für Sardinen in Öl 1,30 M., in Tomaten 1,40 M. und in Öl 1,50 M. Alle zum Verkauf an Verbraucher gelangenden Dosen müssen im übrigen stets den Vermerk „Eingeführt durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft“ tragen. Sofern im Kleinhandel höhere Preise als die vorstehend angegebenen gefordert werden, ist in der Regel übermäßige Preissteigerung anzunehmen, und daher zweckmäßig, in solchen Fällen die Herkunft der Ware und die Preisbildung durch die zuständige Preisprüfungsstelle nachprüfen zu lassen.

Was erstrebt der Sozialismus und was wollen die Sozialdemokraten? Diese Fragen stellen in der jetzigen politisch bewegten Zeit täglich Tausende unserer Volksgenossen draußen an der Front und in der Heimat und sie erheben sich in allen Schichten unserer Bevölkerung. Viel zu klein ist die Zahl derer, die sie erschöpfend zu beantworten vermögen und es ist auch nicht so ganz leicht, sich diese Frage aus der umfangreichen sozialistischen Literatur zu beantworten. — Da möchten wir die Fragesteller auf ein Büchlein aufmerksam machen, von Paul Kampffmeier, betitelt: „Die Sozialdemokratie im Lichte der kulturellen Entwicklung“, das im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist und für 1,30 M. von jeder Buchhandlung bezogen werden kann. Das Buch ist eine Führung durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie und des Sozialismus. Es beginnt mit der Vorgeschichte der sozialistischen Bewegung, gibt eine kurze Darstellung über die Agitation Lassalles und das ökonomische Lehrsystem von Karl Marx, schildert den Aufstieg der Arbeiterklasse von der Sekte zur Massenbewegung und zeigt die gewaltige Kulturarbeit, welche die Sozialdemokratie geleistet hat, in einzelnen Abschnitten, z. B. Frauenfrage, Agrarfrage, Kommunalpolitik, Arbeiterkampf, Genossenschaften usw. An der Hand dieses Büchleins wird man sich leicht in der sozialistischen Literatur zurechtfinden. Es sei daher allen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, empfohlen.

Die Schneeschipyverordnung ist jetzt vom Oberkommando auch auf die Gemeinden Steglitz, Friedenau, Treptow und Pantow ausgedehnt worden. Wie wir hören, soll es „auf Antrag der betreffenden Gemeindeverbände“ geschehen sein.

Die Große Berliner Straßenbahn teilt mit, daß am heutigen Freitag die Linie 82, Eichenisches Tor—Zoologischer Garten, am Sonnabend, den 28., die Linie 67, Nützenberg, Roederplatz—Wilmersdorf, Wilhelmstraße, wieder in Betrieb genommen wird, und vom Sonntag, den 29., ab die Linien 31, Zoologischer Garten, und A, Linienstraße—Brunnwald—Lichtenberg, die gegenwärtig nur zwischen Zoologischer Garten—Alexanderplatz bzw. Linienstraße—Potensse, Ringbahnhof verkehren, wieder bis zu ihrem fahrplanmäßigen Endpunkt bzw. auf der Schleife durch die Kolonie Brunnwald geführt werden.

Ein Merkblatt für sanftmütigen Brennstoffverbrech in der Bürgerlichen und gewerblichen Wirtschaft gibt der Magistrat heraus. Es ist in den Protokollkommissionen der Stadt Berlin erhältlich.

Dem Bürgerauschuß Groß-Berlin sind ferner beigegeben: Gau Berlin des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Arbeiterfraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung, Bezirksverein Berlin-Wilmersdorf der Fortschrittlichen Volkspartei, Bezirksverein im Stralauer Stadtviertel, Mädchen- und Frauengruppen für soziale Arbeit (Abteilung für kommunale Arbeit), Schöneberger Hausfrauenverein, Hausfrauenverein Berlin-Schmargendorf, Zentrale für private Fürsorge, Ehepartnerverband Groß-Berlin. — Der Beirat zum Bürgerauschuß steht auch einzelnen Personen beiderlei Geschlechts frei. Der jährliche Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen beträgt mindestens eine Mark. Anmeldungen an die Geschäftsstelle des „Bürgerauschusses Groß-Berlin“, Berlin-Schöneberg, Rudolph-Wilde-Platz.

Die Schulferien für 1918. Der Oberpräsident hat für Berlin und die Provinz Brandenburg die Ferien für das Schuljahr 1918 wie folgt festgelegt: Osterferien: Schluß des Unterrichts Mittwoch, 27. März, Beginn des Unterrichts Donnerstag, 11. April. Pfingstferien: Schluß des Unterrichts Freitag, 17. Mai, Beginn des Unterrichts Freitag, 24. Mai. Sommerferien: Schluß des Unterrichts Freitag, 5. Juli, Beginn des Unterrichts in Groß-Berlin Dienstag, 13. August, in der Provinz Dienstag, 6. August. Herbstferien: Schluß des Unterrichts Sonnabend, 28. September, Beginn des Unterrichts in Groß-Berlin Mittwoch, 9. Oktober, in der Provinz Mittwoch, 10. Oktober. Weihnachtserien: Schluß des Unterrichts Sonnabend, 21. Dezember, Beginn des Unterrichts Freitag, 8. Januar 1919.

Die Tischspiele Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 88/87, an der Untergrundbahn Inselbrücke, bringen vom 25. bis 31. in Aufführung das Filmoepik „Erlöschene Augen“ mit Carolina Toebe und Karl de Bogt in der Hauptrolle. — Hierzu wird das Lustspiel „Die gute Partie“ mit Hella Roja in der Hauptrolle gegeben.

Zu „billigen Einkäufen“ kommen in der letzten Zeit auffallend viele Frauen aus dem Osten nach Berlin. Sie besuchen die hiesigen Warenhäuser, stellen zusammen, was ihnen unter die Finger kommt, geben die Beutestücke auf den Bahnhöfen in Verwahrung, bis sie genug haben, und fahren dann wieder nach Hause, um in der Heimat die gestohlenen Sachen teuer zu verkaufen. Schon mehrere dieser „Handinnen“ aus der Provinz wurden erwischt und an der Heimreise vorläufig verhindert. Auch gestern wurden in einem Warenhaus am Alexanderplatz wieder zwei erwischt, die aus der Stadt Wolen gekommen waren: eine 34 Jahre alte Luise Kruschka und eine gewisse Ladgerwölfa. Die beiden hatten bereits für über 300 M. Sachen aller Art zusammengestohlen, als man sie auf freier Tat ergriffte.

Charlottenburg. Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Die Sprachstunden der städtischen Beratungsstelle für Geschlechtskranke im Eberlottenburger Krankenhaus Nr. 19/20 finden sowohl für Männer wie für Frauen, nach Geschlechtern getrennt, viermal wöchentlich, und zwar Montags und Donnerstags von 8—9 Uhr abends und Mittwochs und Sonnabends von 12—1 Uhr mittags statt. Beratungsbedürftige werden hier unentgeltlich untersucht und beraten; eine Behandlung findet nicht statt.

Wilmersdorf. Stadtverordnetenversammlung. Sechs Wochen nach seiner Einreichung stand am Mittwoch endlich der von sozialdemokratischer Seite mit liberaler Hilfe eingebrachte Antrag auf Annahme eines Bürgerdeputierten in die Deputationen für das Armenwesen, für die Gemeindefürsorge, das Fach- und Fortbildungsschulwesen und für Kassen, Gas und Elektrizität zur Beratung. Benno Lude mann gab die Begründung. Es handelte sich darum, der Arbeiterschaft eine Mitarbeit an den städtischen Angelegenheiten zu ermöglichen. Um dies auch im Wortlaut ersichtlich zu machen, beantragte er eine entsprechende Einfügung der Worte „Vertreter der Arbeiterschaft“. Jetzt sei nur ein einziger Bürgerdeputierter der Arbeiterschaft ernannt und unter 60 Stadtverordneten seien nur 3 Sozialdemokraten. Bei der letzten Reichstagswahl hätten in Wilmersdorf 45 v. H. der Wähler sozialdemokratisch und 40 v. H. liberal gestimmt. Die übrigen verbleibende unbedeutende Minderheit verdanke es lediglich der Ungerechtigkeit des veralteten Kommunalwahlrechts, daß sie gleichwohl über drei Viertel der Mandate verfüge. Es gebe aber eine Möglichkeit, um in bestehenden Grenzen die bestehende Einseitigkeit zu mildern, indem man planmäßig Arbeitervertreter in die Verwaltungsdeputationen wähle. Dies einzuleiten und damit der jetzigen Ausschreibung der Arbeiter von der kommunalen Arbeit ein Ende zu machen, sei der Zweck des vorliegenden Antrages. Der Führer der Reichstagsfraktion, Geheimrat Drosche, beilegte sich mit Rücksicht auf die angeblich unzulässige Begründung (!) die glatte Ablehnung des Antrages zu fordern, der nur dazu dienen solle, eine sozialdemokratische Kontrolle (ah!) der städtischen Verwaltung herbeizuführen. Für die Liberalen erklärte Geheimrat Sanitätsrat Dr. Edel, daß sie dem von Lude mann gewünschten Zusatz ebenfalls nicht zustimmen würden, (obgleich sie sicher vorher genau geprüft haben werden, daß es sich nur um die Auswahl von Arbeitervertretern handelte). Dr. Reichstagsrat Drosche trat diesen Ausführungen entgegen und betonte, daß es sich doch nur um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber einer Volksmacht handele, die durch das bestehende Wahlrecht schwer benachteiligt sei. Nach längerer Erörterung wurde schließlich nach Ablehnung des Zusatzantrages Lude mann der Hauptantrag einer Kommission von 13 Mitgliedern überwiesen. Danach wurde beschlossen, die Hauptkriegsunterstützungskommission um 2 weibliche Mitglieder, eins aus dem Kleinergewerbe, eins aus dem Arbeiterstande, zu vergrößern. An der Vorlage betreffend Zahlung einer einmaligen Feuerungszulage an die städtischen Beamten beantragte Benno Lude mann die völlige Uebertragung der auf Privatbesitz verlagerten beschäftigten Angestellten und Arbeiter. Er beantragte ihre Veranschlagung nach Charlottenburger Vorbild durch einmalige Zulagen von 100 und 150 M. nebst Rinderzuschlägen für die Angestellten und Erhöhung der Lohnzuschläge um 25 Pf. für die städtischen Arbeiter. Die Angelegenheit wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Nachträgliche Anmeldung zur Kartoffel-Rundenliste. Bezüglich der rechtzeitig Anmeldung zu der neuen, vom 22. dieses Monats in Kraft getretenen Kartoffel-Rundenliste vermindert war, kann sich bis Montag, den 28. Januar bei einem der Geschäftsstellen, die durch Bekanntmachung mitgeteilt werden, nachträglich in die Rundenliste eintragen lassen. Hierzu bedarf es einer Bescheinigung, die dem betreffenden Parteienführer nach Verlegung der Gründe der Verdrüssnis vom städtischen Lebensmittelamt erstellt wird. Dem Lebensmittelamt sind dabei so viel Anmeldebahnschritte abzugeben, als Personen für die nachträgliche Eintragung in Betracht kommen.

Schöneberg. Der nächste Volksunterhaltungsabend findet am Sonnabend, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenschönhausen, Belgischer Eck Eisenacher Straße, statt. — Als Mitwirkende sind gewonnen: Das Volkstheater mit den Damen Kuntze, Ahrens, Böhm, der Gesangs-Trioletten Kay Schulz-Fürstberg, der Pianist Julius Dähle und der königliche Hofkapellmeister Hans Rühliker. Eintrittskarten sind zum Preise von 35 Pf. in den mit Plakaten belegten Geschäften und an der Kasse zu haben.

Lichtenberg. Billiges mattenfreies Brennholz. Die Stadt hat sich entschlossen, um der Bevölkerung zur Erzielung der Kohlenvorräte den Einkauf größerer Mengen Brennholz zu ermöglichen, den Brennholzpreis herabzusetzen. Das Brennholz wird bis auf weiteres zum Preise von 2 M. für den halben Zentner mattenfrei auf dem städtischen Holzplatz in der Hauptstraße 4 abgegeben. Verkaufsstellen wochentags von 7 bis 10 Uhr, Sonntags von 8 bis 10 Uhr. Angehörige von Kriegsteilnehmern erhalten das Holz zum Vorzugspreise von 2 M. für den halben Zentner, wenn sie beim Einkauf ihre Ausweisstücke für die Kriegsunterstützung vorweisen. Wer das Brennholz gegen einen Nachschuß von 1 M. für den Zentner frei stellen angeht, zu erhalten wünscht, kann die Befreiung schriftlich, mündlich oder durch Fernsprecher (Amt Alexander, 247) bei der Lichtenberger städtischen Kohlenstelle, Scharnweberstr. 19 I, Zimmer 34, ausgeben.

Konowes. Für Geld ist alles zu haben — daß diese Behauptung keine bloße Redensart ist, dürfte nachstehender Fall beweisen. Ein hiesiger Fabrikbesitzer hatte das Pech, in seinem Mantel, den er einem Schneider zur Ausbesserung übergeben hatte, eine Rechnung stecken zu lassen, aus der hervorging, daß er von einem am Orte wohnenden Schlächtermeister in den Monaten November und Dezember für 440 M. Fleischwaren erhalten hat. Der Schneider beachte die Sache zur Angelegenheit und war mit dem Erfolg, daß dem Schlächtermeister Georg Pohl, Lindenstr. 80/81, der Schlächtermeisterbetrieb bis auf weiteres unterlagt worden ist. Die bei diesem Schlächtermeister eingetragenen Runden werden infolgedessen aufgeföhrt, zwecks Eintragung in das Rundenverzeichnis eines anderen Schlächtermeisters, sich bis zum Freitag, den 25. d. Mts., im Zimmer 7 des Rathauses zu melden. — Interessant wäre es, zu erfahren, wie die Kontrolle über die den Schlächtermeistern zugeföhrenen Fleischmengen seitens der Gemeinden ausgeübt wird, wenn solche Fleischmengen von einem einzigen Schlächtermeister an einen Kunden unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften abgegeben werden können.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Cöpenic. Vor mehr als 1000 Personen sprach am Mittwoch abend Reichstagsabgeordneter Richard Fischer über Frieden und Wahlrecht. Die Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ohne Diskussion wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die Verammlung billigt das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie der Reichstagsmehrheit und erwartet, daß alles getan wird, einen Verfassungsfrieden herbeizuführen. Gleichzeitg fordert die Verammlung das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Preußen. Gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wie die Verbote des 'Vorwärts' und des 'Berliner Tageblatts' dieses neuerdings wieder beweisen, protestiert die Verammlung aufs entschiedenste; sie fordert daher Aufhebung des Belagerungszustandes.

Neußlin. Baldow auf dem Kampfpfade gegen Neußlin. Mit diesem Thema beschäftigte sich eine gut besuchte Verammlung der weiblichen Mitglieder. Die Verammlung wurde unter folgenden Bedingungen zugelassen: 1. Es findet politische Ueberwachung statt. 2. Diskussion ist nicht erlaubt. 3. Der Burgfriede muß gewahrt werden. 4. Gehässige Angriffe gegen Maßnahmen der Behörden müssen unterbleiben. Diese Bedingungen, die das System der politischen Bevormundung deutlich veranschaulichen, lösten bei ihrer Bekanntgabe den lebhaften Unwillen der Versammelten aus. Der Referent, Stadtverordneter Scholz, ließ seine Ausführungen an diesen politischen Maßnahmen an und eruchte die Versammelten, da er durch diese Verfügung nicht alles sagen könne, was er sagen möchte, sich unter diesen Umständen um so mehr zu denken und die notwendigen Schlussfolgerungen selbst zu ziehen. Unter Beibringung eines reichen Tatsachenmaterials beleuchtete der Redner den ganzen Jammer der behördlichen Ernährungspolitik, die von den verschiedenen Reichsstellen getrieben wird und unter dem unfer Völk zu leiden hat. Die Ausführungen fanden reichen Beifall. 15 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Als der Leiter der Verammlung noch einige Mit-

teilungen unter 'Bereinsangelegenheiten' machen wollte, wurde er von dem Ueberwachenden darauf aufmerksam gemacht, daß er das nicht gestatten dürfe.

Wilmers - Königswusterhausen. Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 Uhr, bei Schumann, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Groger: Die politische Situation. 'Vorwärts'-Leser und Gefinnungsfreunde sind eingeladen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. a. G. Hamburg). Filiale Baumfchulenberg. Sonnabend, den 26., abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal von Voigt, Baumfchulenberg 67: Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Balte. Brief erhalten. — **Bühner.** Desentliche Blätter und Zeitschriften, Berlin SO. Adressstr. 41; ferner finden Sie im Berliner Adressbuch, Teil II, Seite 198, ein Verzeichnis der größeren Bibliotheken. — **29. B. 7.** 1. Sie können doch nicht wissen, aus welchem Grund jemand noch im vierten Kriegsjahre verbannt ist. 2. Die Beschränkung erfolgt eben sehr unterschiedlich. — **R. 2. 101.** 1. Beförderung muß nicht nach 24. Jahren erfolgen. 2. Nein, nur wenn er Unteroffizier ist. — **2. P.** Sie werden doch wohl in dem großen Ort eine Wohnung finden. Wenn nicht, müssen Sie sich bei der Polizei die Erlaubnis einholen, daß Sie deswegen den Ort verlassen können. — **W. 3. 399.** 1. Dazu haben wir keine Zeit, um das festzustellen. 2. Nein, nur so lange der Mann Kriegsteilnehmer ist. 3. Nur wenn Bedürftigkeit vorliegt. — **W. 3. 100.** Beschwerde ist dagegen nicht zulässig. — **Charlotte.** Nachzahlung wird nicht zu erzielen sein, da das Vorliegen der Bedürftigkeit erst vom 1. 7. 17 an angenommen wird. Nur wenn Ihr Einkommen 2000 M. übersteigt, konnten Sie zur Staatssteuer veranlagt werden. Führen Sie Beschwerde. — **O. 3a.** — **A. 2. 100.** Bei dem angegebenen Einkommen können Sie zum Unterhalt der Mutter verpflichtet werden. Die Reichsdeklaration steht auf dem Rentenbescheid. — **R. 3. 12.** Nein, Sie können die Entschädigung beim Aufforderung dazu abwarten. — **Vorbereitungsschule 1.** Wenden Sie sich an den Rektor; im übrigen müssen Sie doch selbst acht geben auf Ihre Sachen. — **R. 3. 28.** 1. Ja. 2. Beförderung kann deswegen erfolgen. 3. Ja. — **Hier.** Sie sind nicht! Nachdem Sie entgegen der Anordnung der Reichsversicherungsanstalt die Heilstätte frühzeitig verlassen, wollen Sie die Reichsversicherungsaufstalt auch noch für irgend einen Schaden durch entstandenen Schaden haftbar machen? So etwas ist wohl nicht

denkbar. — **Seite 100.** Eine weitere nicht, eine Abfindung aber kann bei Bedürftigkeit bis zum Betrage von 1000 M. gezahlt werden. — **H. 52.** Die Kriegszulage gehört zum steuerpflichtigen Einkommen. — **W. 9.** Nein. — **G. 2. 75.** 1. und 2. Nein. — **W. 3. 70.** 1. und 2. Die Wohnungszulage kann erfolgen. Die Frau könnte dagegen auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 die Entschädigung des Amtsgerichts als Richtungsamt ansetzen; in dem Bezirk beliebt gewiß kein besonderes Richtungsamt. 3. Wenn von der Frau ein Antrag vorhanden ist, erben auch deren Geschwister. — **76. 06. 64.** 1. Wahrscheinlich nicht, da sich in der Verhältnisse der Frau nach Eingehung der Ehe nichts geändert hat. 2. D. D. monatlich. Wie hoch dort der Bekleidungsbeitrag ist, wissen wir nicht. 3. Die Frau muß den Antrag stellen. — **H. 6. Vertum.** Das bleibt so wie bisher. — **R. 3. 10.** 1. Nein. 2. Wähle durch Klage beim Amtsgericht in Aufrechterhaltung geordert werden. — **R. 2. 29.** Die Erhöhung für diese Staaten ist nicht eingeleitet. — **R. 2. 3.** Auch wenn die Karteileute nur für Ihren Bedarf haben wollen, können sie Beschagnahme werden. Ertrag wird nicht erstattet. — **H. 3. 38.** 1. Eben weil der Vater bisher für das Kind nicht gezahlt hat, wird die Unterhaltung verweigert. 2. Führen Sie Beschwerde beim Militärbureau des Regiments. — **W. 3. 1.** Diese Unterhaltung ist nur für die Marine bewilligt. 3. Wenn es sich um die Invalidenversicherung handelt, so erhalten Sie die Anwartschaft aufrecht, wenn in zwei Jahren 20 Mark gezahlt werden. 3. Nein. — **W. 3. Neußlin 54** und **Sandtal.** 1. Nein. 2. Eine Bundesratsverordnung vom 4. April 1916 schützt die Landbesitzer vor übermäßigen Sachschädigungen durch die Verpächter. 3. Bei der unteren Verwaltungsbehörde, also der Polizeiverwaltung, ist die Beschwerde einzulegen. 4. Natürlich ist der Verpächter an die verträglich festgesetzte Minderungsfrist gebunden. — **R. 10.** 1. Der Kauf zur Rückzahlung ist nur für den Kreis Zeltow erlassen. 2. Das kommt auf den Wortlaut des Kaufes an, dem wir doch erst abwarten müssen. — **5. 31. 5.** Das ist zulässig. — **R. 1. 1858.** Das wird Ihnen erstmalig zugesagt. — **R. 25.** Garnisonverordnungsmaß für die Heimat; herabgesetzt. — **W. 3. 16.** Sie haben Anspruch auf Ergänzungslohn vom 22. 12. 17 an. — **R. 2. 3.** An die Polizeiverwaltung beim Gemeindevorsteher. — 1875 Alfred. Fragen Sie selbst darüber an, was Sie wissen wollen, wir haben keine Zeit den Ihnen beantworteten Fragen nachzugehen. — **G. 3. 41.** Ein bestimmter Satz kann dafür nicht in Abzug gebracht werden, beantragen Sie unter Anführung der Tatsache Ermäßigung. — **W. 3. 100.** Nein.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Mild, im Küstengebiet noch überwiegend bewölkt, im Binnenland nur zeitweise neblig, sonst, besonders im Süden, vielfach heiter; keine erheblichen Niederschläge.

Ein guter Wink

dem jede Dame folgen sollte, die im Begriff steht, sich mit **Damenkleidung** zu versehen, und der an reicher Auswahl und Preiswürdigkeit gelegen ist.





Röngsfr. 33
Die Tuchel Jagdweg

Chausseefr. 113
Zwei Häuser Eckhaus

Sonntags geschlossen!

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **2916**

Kranz Balhar
Cöpenicker Straße 3, am 22. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Neußlin, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher **Waldemar Dundern**
Schöneberg, Goldstraße 7, am 15. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Endstraße aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher **Baul Mäder**
Bellstr. 30, am 23. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth - Kirchhofes in Prenzlau, Wollanstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Kege Beteiligung erwünscht!
Die Ortsverwaltung.

Am 22. Dezember 17 ist nach dreijähriger Krankheit unsere durchstopflich in seinem 23. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager, der Wollner **14056**

Richard Buchholz.
Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Frieda Buchholz, Witwe Luise Buchholz, Ernst Buchholz u. Frau (im Beise).
Familie Dübbers.
Wammschloß.

*Die Soldatenfamilie an der Front
Ihre Soldaten sind stark und kampffähig
bilden*

am 27. 1. 18.

Ludw. Hoff

Jeder sei gerüstet
an dem friedlichen Wettkampfe teilnehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- u. fachl. Bildung.
Rasch und gründlich
führt die Methode Rustin (Haupt Direktorin höher. Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstribunen ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgehilfen, Bankbeamte, Einj.-Provi.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium, Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenfrei.
durch Bonness & Hachfeld, Potsdam. Postfach 224.

An Kaisers Geburtstag
spendet für die Deutschen
Soldatenheime an der Front

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Gynäkologische Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.
Königsr. 34/36, Bahnh. Alexanberpl. Epr. 10—11 u. 5—8, Sonnt. 10—11

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Vintzenstraße 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1293, 1987, 9714.
Sonntag, den 27. Januar, vormittags 9^{1/2} Uhr:
Branchenversammlung
der Eisen-, Metall-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Randschleifer
in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18.
Tagesordnung:
1. Unsere gegenwärtige Lage. 2. Diskussion. 3. Verschlemben. Zur besonderen Beachtung! Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Wir machen nochmals auf das Lokal Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18, aufmerksam.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sonntag, den 27. Januar, vormittags 10 Uhr:
Branchenversammlung
der Werkzeugmacher, Einrichter, Werkzeugschleifer und Zigarettenmaschinenfabrik
in den Wollner-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31 (gr. Saal).
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Kenntnis des Branchenleides und der Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.
Die Ortsverwaltung.

Bündelholz
und sonstiges Brennholz
liefert prompt u. billigst Preis
Werner, D. S., Kohlenvertrieb,
Potsd. C. 1. 20162

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stabilitätshaus.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (bes.) Gonorrhoe, Gicht, Gicht-Kuren, (bes.) Lungenleiden, furchtbarste Behandlung ohne Berufshör. Blutuntersuchung. Maß. Preis. Tagesordnung. Sprechstunden 10 bis 1 und 6—8, Sonnt. 11—1.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917.
Aus den Verhandlungen: Bericht des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion. — Die nächsten Aufgaben der Partei: Demokratisierung. — Die künftigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik. — Die künftige Finanzpolitik des Deutschen Reiches. — Unsere sozialpolitischen Aufgaben.
Preise:
Einfache Ausgabe broschiert 3 Mk. Gute Ausgabe broschiert 6 Mk.
Einfache Ausgabe gebunden 5 Mk. Gute Ausgabe gebunden 9 Mk.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.), Blutuntersuch. Schnell, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufs- störung. Teilzahlung. 250/12*
Sprechstund.: 11—1 u. 6—8.
Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Eisen
samt preiswert
Sabel, Hilt - Waabit, Sträßstraße 18, vorn.

Aus Tag und Tiefe
Gedichte v. Ludwig Leßen
Preis Mk. 1,50
Es sind Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisterte Kampfrufe, toll von frohen Zukunftsglauben. Und daneben feinstonnte Naturwunderungen, Lebensschicksale aus der Tiefe, wie sie der Natur bietet, farbige Gemälde von dunklerer Farbenglut uniprucht.
Billige Bücher
Vorschl. Unterhalt.-Lektüre. Verl. S. u. f. Prosp. grat. u. fr. E. Hirschig-Verl. Dresden-A. 16/31
Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch. 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin

Straßen- und Fabrik-Besen
ca. 8 cm breit u. 30 cm lang Postpakets, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt per Nachnahme St. 4,80 M. exkl. Verpackung, anfrank. bei Druckaufnahme franko inkl. Verpackung.
Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle L. H. 850 Arbeiter.
Niederlag. Berlin: Rosenhaller Str. 14. Teleph. Norden 10026. Kottbuser Damm 29-30, Mpl. 11249.

Jewfeka und sein Erlebnis.

Von Maxim Gorki.

Der kleine Junge Jewfeka — ein sehr lieber Kerl — saß am Meeresstrand und angelte Fische. Das ist eine sehr langweilige Sache, wenn die Fische so launisch sind und nicht anbeißen wollen, und da der Tag heiß war, so schlummerte Jewfeka ein und — bay! — fiel er ins Wasser.

Er erschrak aber gar nicht, schwamm ruhig fort und tauchte bald unter, um den Meeresgrund zu erreichen. Er setzte sich auf einen Stein, der mit rotem Seetang weich bedeckt war, schaute sich um und sagte: „Sehr hübsch hier!“

Wenigstens kam ein Seestern herangekrochen, dann eine Languste mit langem Schnurrbart, und hinter ihr her bewegten sich viele Krabben. Auf allen Steinen, die wie große Krichen hervorstachen, waren Schlingpflanzen und Wasserlilien zu sehen, und dazwischen hüpfen Fliegen und Frösche hinüber, doch eine Schildkröte, während auf ihrem schweren Panzer zwei grüne kleine Fische spielten, wie Schmetterlinge in der Luft. Da über die weißen Steine zieht eine Schwärme mit ihrem Häuschen. Jewfeka entsann sich bei ihrem Anblick des Verlies: „Dein Häuschen ist kein Schächtchen, wie Großvaterchen es hat...“

Wichtig hörte er über seinem Kopfe einen Ton, als ob eine Klarinette gespielt würde. „Wer ist denn da?“ Er schaute in die Höhe. Ein Fisch mit silberglänzenden, vorquellenden Augen und reichlichen Färbungen lächelte vergnügt. „Wer sind Sie?“ fragte Jewfeka. „Ja...“

Verwundert und ärgerlich fragt er nochmals: „Wie geht das an, Fische sprechen doch gar nicht!“ und innerlich denkt er: „Sich so amüßig verhalten ist gar nicht und die Fischsprache habe ich so oft verstanden! Ach, wie ein großes Tier!“ Neugierig schaut er sich um nach den buntfarbenen Fischen, die spielerisch hin- und her schwimmen und ihn lächelnd nicken: „Gut mal, wie ein Ungeheuer da herankommt mit zwei Schwänzen!“

„Und ohne Schwänze!“

„Und nur mit zwei Flossen!“

Einige ganz übermütige Fischlein schwimmen sogar bis zu seiner Nase und fragen mutwillig: „Schön, nicht wahr?“

Jewfeka sagt beleidigt: „Wie frech! Als ob sie gar nicht wüßten, daß ein wirklicher Mensch vor ihnen sitzt...“ Er sucht sie zu langen und sie entkiffeln seiner Hand, stoßen mit den Nasen und den Seitenflossen aneinander und singen ein Spottlied auf den großen Krebs, der vorsichtig die Scheren bewegt und drohend andrückt: „Kommt mir nur nahe, ich reiße euch die Zunge aus.“

„Wie streng,“ denkt Jewfeka. Ein großer Fisch drängt sich an ihn heran und fragt: „Woher weicht du, daß die Fische stumm sind?“

„Papa sagt es.“

„Was ist das, Papa?“

„So etwas wie ich, nur — größer und mit einem Schnurrbart, und wenn er nicht schilt, so ist er — sehr lieb.“

„Ist er auch Fische?“

Jewfeka erfährt: „Sag nur ja!“ war sein erster Gedanke. Dann aber hob er die Augen empor, sah durch das Wasser die grüngoldene Sonne am Himmel, überlegte und sprach die Unwahrheit: „Nein, er ist keine Fische, sie haben zu viel Gräten...“

„So, wie unverschäm, wir haben nicht alle so viel Gräten, z. B. meine Familie...“

„Man muß der Unterhaltung eine andere Wendung geben!“ dachte Jewfeka und fragte recht höflich: „Waren Sie schon bei uns oben einmal?“

„Sehr nötig,“ prustete der Fisch erregt. „Dort kann man ja gar nicht atmen!“

„Aber dafür — welche schönen Fliegen...“

Der Fisch umkreiste ihn, blieb dann dicht vor seiner Nase stehen und sagte: „Fliegen? Und wozu bist du denn überhaupt hergeschwommen?“

„Jetzt geht's los, der dumme Fisch frist mich noch auf!“ dachte der Knabe und erwiderte anscheinend ganz sorglos: „Ach, ich gehe nur so spazieren.“

„Om,“ prustete wieder der Fisch. „Vielleicht bist du ein Ertrunkener!“

Beleidigt schrie der Knabe auf: „Durchaus nicht, da, ich habe sogar auf...“ Er versuchte sich zu erheben, aber vergebens! Als

ob er in eine schwere Dede eingehüllt wäre, vermag er sich weder zu bewegen noch zu rühren.

„Ich sang' bald zu weinen an,“ dachte er, aber bald überlegte er, daß hier das Weinen gar keinen Zweck hat und die Tränen im Wasser doch nicht zu sehen seien. „Vielleicht läßt sich ein anderer Ausweg aus dieser unangenehmen Geschichte finden!“ — und runderum — Himmel! Welch eine unzählige Versammlung von Meeresbewohnern!“

Auf seinen Fuß steigt ein Ringelwurm, der einem schlecht gepflegten Ferkel gleicht, und piepst: „Ich möchte nähere Bekanntschaft mit Ihnen machen.“

Vor Jewfeka's Nase bläht sich ein Wasserläufer auf und hänselt den Knaben: „Kein Krebs, kein Fisch, kein Rostus, haha, was bist du denn für ein Wesel?“

„Warten sie nur, vielleicht werde ich noch ein Flieger,“ erwiderte Jewfeka und sah, wie ein Hummer ihm aufs Knie kroch, wie ein nasses Tauchentuch schwamm ein Tintenfisch heran und überall flimmerte und glitzerte es, als wenn Glaskugeln von den Sonnenstrahlen getroffen werden. Ein Ohr wird von Krabben gekniffen, das andere von einem Krebs gekniffen, selbst auf dem Kopf wackern kleine Krebse und bewickeln sich in die Haare.

„D weh, o weh,“ sagt Jewfeka zu sich selbst, demütig gleichmütig und freundlich aussehend, wie Papa, wenn er schuldig ist und Mama ihm zürnt.

Immer mehr Fische tauchen auf, schwimmen an ihn heran und klopfen ihm mit solch langweiligen Augen an, langweilig wie Algebra. Er murmelt ein Spottlied und während denkt er: „Diese dummen Tiere! Ich habe für russisch im vorigen Jahre doch zweimal eine Eins bekommen!“ Er tat so, als hörte und sah er nichts und schickte sich sogar an, lustig zu pfeifen, aber das ging nicht. Das Wasser froh in den Mund, wie ein Pflöfchen. Und ein geschwätziger Fisch fragt ihn: „Gefällt es Ihnen bei uns?“

„Nein... das heißt — ja, es gefällt mir, aber bei mir zu Hause ist es auch recht schön.“

„Himmel, was sag ich da!“ dachte der Knabe zerstreut, sie treffen mich sicher auf... und laut fügte er hinzu: „Wollen wir einmal mit einander spielen, sonst langweile ich mich.“

Das gefiel den munteren Fischen sehr. Sie lachten, öffneten weit ihren Mund, so daß man die rötlichen Kiemen sah, schlugen mit dem Schwanz, flüchteten die Zähne und riefen mit heiserer Stimme: „Das ist schön, wir wollen spielen, spielen!“

„Lacht und nach oben schwimmen“, schlug Jewfeka vor.

„Warum?“ fragte ein Fisch.

„Hier unten kann man ja nicht spielen, und oben sind auch Fliegen!“

„Fliegen? Lieben sie sie?“

Jewfeka liebte zwar nur Vater, Mutter und Fruchteis, aber er antwortete: „Ja.“

„Nun, was ist denn dabei, schwimmen wir einmal nach oben!“ rief einer der Fische aus, hob den Kopf in die Höhe, und Jewfeka, zapp, saß ihn bei den Kiemen und schreit: „Ich bin bereit.“

„Halt, Sie Ungeheuer haben mit Ihren Tagen zu heftig meine Kiemen unklammert, ich kann ja nicht...“

„Tut nichts.“

„Was soll das heißen — tut nichts? Ein anständiger Fisch kann nicht leben, ohne zu atmen.“

„Vieher Gott, was ist da zu streiten, wenn wir spielen, dann spielen wir!“ und innerlich denkt er: „Wenn sie mich bloß ein wenig nach oben schleppen wollten, dann zappie ich schon irgendwie heraus.“

Der Fisch hob sich schwimmend empor, machte Stunden wie beim Tanzen und lang mit aller Macht: vom Dacht und Karpfen, die stets Nahrung suchen. Ein Chor von kleinen Fischlein stimmte mit ein. Je höher sie kamen, desto ratteren kamen sie alle vorwärts und desto leichter konnte Jewfeka atmen. Endlich gelangte sein Kopf in die Luft und er atmete tief auf. O da!

Er schaute sich um — heller Tag. Die Sonne spielt auf dem Wasser. Die grünen Wellen branden mit leis singendem Geräusch am Ufer. Seine Angel schwimmt auf dem Meere, weit von ihm entfernt. Und er selbst sitzt auf demselben Stein, von dem er herunter gerollt war und — ist schon wieder ganz trocken!

„Ach,“ sagte er lächelnd zur Sonne, „so bin ich doch tapfer emporgeschwommen und hab' mich herausgehappelt!“

Deutsch von Marie Behmeritz.

Königl. Schauspielhaus: „Die Braut von Messina.“

Schillers spät entworfene „Braut von Messina“ verbannt ihre Entfaltung vorwiegend gewissen ästhetischen Theorien, seiner Bewunderung für die alte griechische Tragödie. Ihm der in seinen Jugendjahren, in den „Räubern“ und „Kabel und Liebe“, einem tragischen, wider jeden Regelzwang sich aufschäumenden Naturalismus gehuldigt hatte, erschien damals, ebenso wie Goethe, das Griechentum als höchste Wüste aller Kunst. Er träumte von der Möglichkeit, den in den Reiterwerken der hellenischen Dramatik ausgeprägten, ganz auf feierlich Erhabene abgestimmten Stil zu neuem Leben zu erwecken. Besonders des Sophokles „König Oedipus“ hatte es ihm angetan. Er suchte nach einem Stoff, der sich in einer formal ähnlichen Weise ausbilden ließe; so kam die Konzeption der „Braut von Messina“ zustande: ein Werk, in dem wie in dem Oedipus die Uebermacht des in Orakelsprüchen sich voraus verkündenden Schicksalberhängnisses über allen Menschenwitz und Klugheit grauam triumphiert und Chöre den Gang der Handlung mit ihren Sprüchen und in „ein lyrisches Prachtgewand der Rede“ gekleideten Betrachtungen begleiten. In einleitenden Bemerkungen hat Schiller seine Auffassung vom Geist des griechischen Dramas und von den Chören als wesentlichen Ausdrucksmitteln dieses Geistes, wie seine Ansicht, daß die neuere Tragödie an jene Traditionen möglichst wieder anzuknüpfen habe, des näheren dargelegt. Nicht auf Wahrscheinlichkeit, auf „Wahrheit“, auf die dichterisch gehobene Darstellung der all-gemeinsten Rüge menschlicher Natur und der in der Begrenztheit tragischen Geschehnisse komme es in den Trauerspielen an. Am besten ist zu diesem Zwecke seien ganz einfache und durchsichtige Verhältnisse, wie sie das griechische Vorbild zeigte — Verhältnisse, die zugleich ein Festhalten am Chor, der gleichsam als Repräsentant des Volkes zu denken sei, gestatten. Derselbe geböre wesentlich mit zum idealistischen Stil. Und wenn derselbe auch nur dazu diene, dem Naturalismus in der Kunst offen und ehrlich den Krieg zu erklären, so sollte er uns eine lebendige Mauer sein, die die Tragödie um sich herum zieht, um sich von der wirklichen Welt rein abzuscheiden und sich ihren idealen Boden, ihre poetische Freiheit zu bewahren.“

Die Sprachgewalt der Schillerischen Poesie hat sich in diesen Chören ein ruhmvoll gewaltiges Denkmal errichtet, doch noch weit herrlicher leuchtet diese Gabe bildmächtigen Gedankenausdrucks in den größten seiner philosophischen Gedichte. Das Stück als solches aber berührt uns heute so fremd wie jene in dem Vorwort entwickelten Theorien, denen es als Zeuge dienen soll. Den Eindruck, vor einem Experiment zu stehen, wird man nicht los. Das Fehlen jeder individuellen Charakteristik, das die Dichtung mit dem griechischen Drama gemein hat, läßt eine wärmere Anteilnahme an den Personen kaum aufkommen, noch erregt das Schicksal und hier mit dem Schauer unausweichlicher Notwendigkeit. Der Hinweis auf Orakelsprüche vermag, wo ja der Glaube daran fehlt, in dem Geschehen keine starke Melananz zu wecken.

Auch diese Aufführung des Schauspielhauses, die in der Darstellung der Chöre unter Führung der Herren Kraußner und Mühlhofer ausgezeichnetes bot, besätigte von neuem den Eindruck solcher Fremdheit. Die lang ausschallende Rhetorik der Affekte rückt dieselben dem Mitgefühl der Zuschauer nicht näher. Fräulein Sustin, die ihr Bestes in naturalistischen Rollen (wie etwa dem Gouernant in Schönberr's „Glaube und Heimat“) gibt, bemies als Jhaballa die Vielseitigkeit ihrer Kunst; sie sprach die unglückselige Witte, deren Schöne sich in brudermörderischem Haß zerfleischen, mit langem edlem Rhythmenfluß der Verse. Die beiden Schwestern waren durch die Herren de Vogt und Ehle, die Schwestern Beatrice durch Fräulein Coste vertreten. Die Regie des Herrn Brandt erzielte mit einfachen Mitteln — einer imposanten Bühnenfront, die mit veränderter Umgebung in allen Szenen wiederholte Stimmungsvolle Bilder.

Notizen.

— Beethoven's Reunite. Das Deutsche Opernhaus bereitet für Februar eine Aufführung der Reunten Sinfonie vor. Sie soll zu einem wohlthätigen Zweck an einem Sonntagmittag stattfinden.

— Die neue Bolonäse. Unter diesem Titel bringt der neueste „Simplicissimus“ eine porträtreiche, bodhaft treffende Zeichnung von Thomas Theodor Heine mit der alles jagenden Unterschrift: In Berlin sollen die Kriegswucherer jetzt bereits zu Hunderten aufstehen, um bei dem drohenden Friedenspreidung ihre Waren loszuwerden.

Die Krüger wagte es, ihre Hand auf den blonden, tief sich senkenden Kopf zu legen. Ein geheimnisvolles Leuchten ging über ihr Gesicht, dessen Alltäglichkeit veredelnd. Etwas wie zuversichtliche Andacht, wie unbedingte Gläubigkeit war in ihrer Stimme: „Sie sehen ihn wieder — ich sehe ihn wieder. Kann weh nur nicht: wann!“

Der Leutnant Rossi war gefallen. Gerade als er, mit seinen Leuten anstürmend, „Avanti!“ gerufen hatte. Ein Beschuß war ihm in den Mund gefahren, sein armes Haupt zerprengend. Sie hatten das, was von ihm übrig geblieben war, auf der kleinen Matte am Monte Bian beigelegt, wo schon viele brave Soldaten lagen. Sein Helmbügel war nicht umsonst gestossen, durch den Tod ihres Führers zu höchster Leistung angefeuert, war den Alpin das gelungen, was sie seit Wochen vergeblich angestrebt: sie hatten den Feind von der Grenzbrücke zurückgedrängt, die stark besetzte Stellung genommen. Das teilte ein Kamerad, der zweite Leutnant der Kompagnie, der jungen Witwe mit.

Der Brief hatte sehr lange gebraucht, bis er auf Umwegen in ihre Hände gelangte. Schon zwei Tage, nachdem er zuletzt an sie geschrieben hatte, war Rossi gefallen — ach, und sie hatte in Gedanken noch mit ihm gehandelt, ihn und sein treulos Land verurteilt — oh Gott, nicht ihn, nein nicht ihn! Nur sein Land. Ach, ihr armer Enrico! Sie las seine Briefe immer und immer wieder und meinte über ihnen. Wie hatte nur manches darin sie je verdrücken können? Jetzt fand ihre Seele sich wieder ganz zu ihm, klammerte sich an sein Andenken; ihr war, als müsse sie ihre Augen zupressen vor all den Geschehnissen der Welt, ihre Ohren verstopfen. Nichts sehen und hören mehr, nur ihn. Was ging sie die Zwietracht der Nationen, der Haß der Völker an? Ihr eigenes Schicksal füllte sie ganz aus. Und ihr Schicksal war der Mann, der geliebte Mann. Keine Stunde hatte er ihr trübe machen wollen, und nun mußte sie doch so viel weinen um ihn. Er verklärte sich in ihrem Schmerz, wurde mehr, als er selbst je geahnt hatte. Sie fragte jetzt nicht mehr danach, daß er für Italien gekämpft hatte, jetzt sah sie in ihm nur den Helden, der sein Leben zum Opfer gebracht hatte für eine große Sache. Es erfüllte sie mit Stolz, daß sein Freund schrieb, er wäre demnächst Hauptmann geworden, und die Auszeichnung, die des Lebenden Brust nicht mehr hätte schmücken können, sei dem Toten mit unter die Erde gegeben worden. Seine Soldaten hielten um ihn gepend; Vorgesetzte und Untergebene würden dem Tapferen ein ehrenvolles Andenken bewahren.

(Fortf. folgt.)

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Sie schloß die Augen. Es zeigte sich allerlei Bilder vor ihr. Da war sie mit den Eltern gefahren an einem wunderlichsten Sommertag, doppelt heiß und rein nach dem Gewitter des vorherigen Tages. Sie hatte laut gelauscht vor Luft — oh, sie erinnerte sich wohl — sie sah sich selber im Wagen stehen, sie war aufgesprungen, die Arme hatte sie ausgestreckt vor Entzücken. Die Pferdchen trabten munter, das Gebirgswasser unten fürzte, silberigen Schaum versprühend. Die riesigen Färbchen düsteten, wie Dampfrauch stieg es von ihnen auf zum Himmelblau. Schmetterlinge schwebten dem Wagen voraus, es war alles so heiter, so strahlend im engen Tal, selbst die Zinnen mit dem leichten Neuschnee, die schroff über das Lannengrün ragten, sprachen von ewiger Lust. An der Brücke, wo die Straße so steil ansteigt, war sie abgesprungen. Sie schritt neben dem Aufsteher her. Jart tänzelte dessen Peitsche auf dem Pferderücken, es tat den Säulen nicht weh — wer könnte heute und hier der geringsten Kreatur ein Leides antun! Und jetzt — ?!

Ein Schauer durchrieselte Will. Sie froh, sie froh tiefer unter die überbreitete Dede. Da kämpften ihr Mann jetzt und seine Soldaten. Ob sie von den Steinhalden herabschlichen, sich versteckt hielten unter den überhängenden Färbchen? Oder ob sie aus dem Dachbett heraufstiegen, sich anklammerten mit Händen und Füßen? Ob es Tag war? Oder Nacht? Ran wußte es nicht. Schwarz lastete der Himmel, umdüstert von Dampf und Rauch. In einem Schwund des Berges hing es wie eine Wolke — da war irgendwo ein Raschengeweib aufgestellt, seine Schiffe raffen die Säurinnen hinunter. Oh, wie das knatterte. Sie hielt ihre Hände an die Ohren. Hätte sie nur nicht soviel in den Zeitungen gelesen! Da wurden die Kämpfe so geschildert, daß es ihr war, als wäre sie selber dabei. Und doch litt sie ja nur den hundertsten Teil von dem, was ihr Mann durchmachen mußte — übermenschliche Anstrengung, stete Todesgefahr. Nein, nein, sie litt tausendmal mehr!

Unruhig warf die Fiebrige den Kopf hin und her. Hatte er wohl eine Ahnung von dem, was ihre Seele durchwühlte, ihre Wünsche hin und her zerrte, ihre Hoffnung auf und ab schmeckte? Der Mann weh nicht, was die Frau leidet — nie — und was sie litt, das machte keine andere durch. Wenn sie Italienerin wäre oder er Deutscher, dann würde sie ja nur um sein Leben zittern, jetzt zitterte sie in einer noch höheren Qual. Sollte sie den Verteidigern den Sieg wünschen oder den Angreifern? Drüben stand ihr Mann,

den sie einst so sehr geliebt — ach, den sie ja noch immer sehr lieb hatte — hier war ihr Vaterland, mit dem sie verwachsen war, Burgelfaser in Burgelfaser, so eng ineinander verschlungen, daß es „eingehen“ heißt, macht man einen Schritt. Daß sie das früher nicht geahnt hatte, wie sehr sie am Vaterland hing! Da war ihr das andere Land viel schöner erschienen, seine Schätze reicher, seine Menschen liebenswürdiger. Aber jetzt?! Ihre Hände ballten sich, ein Ausdruck der Empörung straffte ihr weiches Gesicht. Sie sprang vom Sofa auf und schleuderte die wärmende Dede von sich: genug jetzt. Nochte das treulose Land zugrunde gehen, seine Männer — plötzlich schreute sie zusammen. Hatte sie etwa laut gerufen?

Es klopfte. Ihr Mädchen kam herein. „Die Post, gnädige Frau!“

Die Witwe Krüger unten hörte einen lauten Schrei. Nur einen kurzen Aufschrei, aber so entsetzt, so wild wie in höchster Todesnot ausgestoßen. Das kam von oben! Sie lief auf den Flur. Da polierte auch schon das Mädchen die Treppe herunter: „Die gnädige Frau, ach Gott, die gnädige Frau!“

Oben lag die junge Frau am Boden, sie war umgefallen. Es war zu früh gekommen. Als ihre Hauswirtin ins Zimmer trat, richtete sie sich aber schon wieder auf. Nein, sie war nicht ohnmächtig, sie wollte nicht ohnmächtig sein. Sie war schon wieder ganz bei sich. Mit einer stumm Ruhe heftenden Gebärde wies sie die aufsehende Dienstmagd von sich. Wie einer, der blind geworden ist, aber noch nicht zeigen will, daß er nicht sehen kann, tappte sie nach dem Brief, den ihr eben die Post gebracht hatte. Er war ihr entfallen.

Nun hielt sie ihn wieder in der zitternden Hand. Und auf schwankeuden Füßen nitten im Zimmer stehend, las sie ihn nochmals mit hastig fliegenden Augen, mit dem Ausdruck eines so schmerzvollen Entsetzens in den Zügen, daß das Herz der Krüger — kein Herz, das gleich weich wird, — vor Mitleid zuckte: die auch, die auch?! So jung und so schön, und doch auch, doch auch!

Die von der Arbeit rauh gewordene Hand der Krüger streichelte den Kermel des weißen Morgenkleides: „Sehen Sie sich, sehen Sie sich doch!“ Sie drückte die junge Frau aufs Sofa nieder, blieb dicht neben ihr stehen, sich aufredend, als könne sie so mit ihrer breiten Gestalt das Unheil noch aufhalten.

Mit einem herzzerreißenden Lächeln sah die junge Frau zu der alten Frau auf: „Nein Mann ist gefallen.“

Die Alte lächelte zurück: „Und mein Sohn ist gefangen. Ja, sehe ihn aber wieder. Sie sehen Ihren Mann auch wieder!“

